Geld wartet der Sto
ahl Kollegen, d
n wollen.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 151. Dienstag, den 1. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ende.

Die Wehr- und Deckungsvorlagen sind gestern in letzter Lesung angenommen und verabschiedet worden. Trotz ihres entschlossenen Widerstandes hat die sozialdemokratische Fraktion das Zustandekommen der Heeresvorlage nicht hindern können. Die erbarmungslose Kritik, die sie am Militarismus und an all den Einrichtungen seiner Kulturfeindlichkeit geübt hat, und deren Berechtigung selbst die bürgerlichen Gegner oft zugeben mußten, hat die Mehrheit nicht gehindert, eine neue gewaltige Steigerung der Rüstungen vorzunehmen. Die Regierung ist hier mit ihrer reaktionären Politik Siegerin geblieben.

Sie kann sogar die Genugtuung haben, daß gestern in dritter Lesung, die in der Kommission und in zweiter Lesung im Plenum gestrichenen drei Kavallerieregimenter durch einen unerhörten Umfall des Zentrums wiederhergestellt worden sind, und der Kriegsminister, der nach diesem Votum freudig lachte, konnte nach der Schlußabstimmung die Glückwünsche des Reichskanzlers mit voller Genugtuung entgegennehmen.

Allerdings hat die Regierung noch in letzter Stunde eine wichtige Konzession machen müssen. Das „Notgesetz auf sozialdemokratisches Kommando", wie die „Kreuzzeitung" sich ausdrückte, ist zu Beginn der Sitzung nahezu einstimmig, gegen einige wenige konservative Stimmen angenommen worden, und der Reichskanzler mußte in einer mit den Parteien zuvor vereinbarten Erklärung zusichern, daß er im Bundesrat für die Annahme dieses Gesetzes eintreten würde. Das furchtbare Kriegsgerichtsurteil von Erfurt hat auch die bürgerlichen Parteien gezwungen, der sozialdemokratischen Anregung zu folgen und wenigstens einige Milderungen in das Militärstrafgesetzbuch aufzunehmen. Für die Sozialdemokratie bedeutet diese Reform, wie Genosse Haase besonders hervorhob, nur den bescheidenen Anfang der ganzen Verbesserung.

Die sozialdemokratische Partei, die in der Rüstungsfrage unterlegen ist, hat auf dem Gebiet der Deckung das Recht, von einem großen Erfolg zu sprechen. Sie hat allerdings auch hier gegen einige der Vorlagen stimmen müssen. Die trotz aller Zusagen aufrecht erhaltene Zuckersteuer allein schon verbot es ihr, für das Finanzgesetz zu stimmen, ebensowenig konnte sie dem Reichsstempelgesetz ihre Zustimmung geben. Dagegen bedeuten der Wehrbeitrag und das Besitzsteuergesetz nicht nur die Erfüllung unserer Forderung, daß die Rüstungslasten von den Besitzenden zu tragen sind, sie sind auch der Anfang eines Systems direkter Reichssteuern auf Vermögen, Einkommen und Erbschaft. In der vom ganzen Hause mit Spannung angehörten Erklärung, die Genosse Haase im Namen unserer Fraktion vortrug, ist die Stellung unserer Partei zu diesen Fragen mit unzweideutiger Klarheit ausgesprochen.

Was diese Erklärung besagte, das ergänzte vollends die Ablehnung der Besitzsteuer durch die Konservativen, und die Erklärung, durch die Graf Westarp diese Haltung begründete. Auch wir konnten dem konservativen Redner zustimmen, als er verbittert behauptete, diese Steuer sei vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt, und sie führe die Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsbesteuerung in das Finanzwesen des Reiches ein.

Ihre ganze Entschlossenheit vermochte allerdings die antikonservative Mehrheit nicht aufrecht zu erhalten, als es sich darum handelte, die Feststellung der Steuerpflicht der Bundesfürsten, die das Haus in zweiter Lesung vorgenommen hatte, im Gesetze zu bewahren. Die Nationalliberalen fielen vor einer kurzen Ermahnung des Reichskanzlers in die schlotternden Knie, und mit 195 gegen 169 Stimmen wurde dieser Absatz 2 des § 43 wieder aufgehoben. Das ganze Gesetz wurde danach mit 280 gegen 63 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Die Rechte stimmte gegen das Gesetz, ein Teil des Zentrums enthielt sich.

Diese Abstimmung besagt klar: Der schwarz-blaue Block, der die Mehrheit bei der Finanzreform von 1909 bildete, ist geschlagen. Die Wahlen von 1912 haben ihr Werk getan.

Dieser Tatsache gegenüber bleiben die üblichen pathetischen Schlußbemerkungen des Kanzlers und des Präsidenten ohne jegliche Bedeutung. In dem Reichstag der 110 Sozialdemokraten hat sich der Einfluß der Arbeiterklasse wirksam erwiesen. Die sozialdemokratische Minderheit, die den Rüstungstendenzen der bürgerlichen Parteien weichen mußte, beschließt diesen Sessionsabschnitt mit der Genugtuung, daß sie in einer der wichtigsten Fragen deutscher Politik die Rechte und das Programm des Proletariats zur Geltung gebracht hat.

Arbeitslohn und Warenpreis.

Die fortgesetzt zunehmende Teuerung in Deutschland hat auch eine große Literatur darüber hervorgerufen, wie weit die Lohnsteigerungen die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel beeinflussen. Vielfach wird nun die Behauptung aufgestellt, die ganze Teuerung sei auf die Steigerung der Löhne zurückzuführen. Und der Glaube ist auch weitverbreitet, daß mit der Erhöhung der Löhne ganz selbstverständlich die Produkte auch im Preise steigen müßten, weil die Herstellungskosten eben bei erhöhten Löhnen größer würden. Diese Anschauung ist unwissenschaftlich, weil sie die Steigerung der Produktivität, die wesentlich größer ist und sich viel rascher vollzieht, als die Erhöhung der Löhne, außer acht läßt. Die Zunahme der Produktivkraft geht in der Regel auch der Lohnsteigerung voraus, oder wird durch sie sofort bewirkt, so daß — von der rein handwerksmäßigen Arbeit abgesehen — die Herstellungskosten bei gesteigerten Löhnen im allgemeinen geringer sind als zuvor, jedenfalls aber nicht größer. Wäre es richtig, daß die Lohnerhöhungen eine entsprechende Verteuerung der Produkte bewirkten, dann würden die Lohnsteigerungen für die Arbeiter nur einen Kreislauf bedeuten, die Arbeiter von den erhöhten Löhnen keinen Vorteil haben, weil die Mehreinnahmen durch die Mehrausgaben infolge der Preissteigerungen wieder ausgeglichen würden. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall; die Teuerung hat ihre Ursache nicht in den Lohnsteigerungen.

Ueberzeugender als alle theoretischen Betrachtungen wird das bewiesen durch die Gegenüberstellung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in Deutschland und Amerika. In Amerika sind die Löhne der Arbeiter zum Teil doppelt, zum Teil sogar drei- und viermal so hoch als in Deutschland, und trotzdem sind die Waren überhaupt nicht, oder nicht wesentlich teurer, so daß die höheren Einkommen den Arbeitern auch eine wesentlich höhere Lebensweise verschaffen. Richtig ist allerdings, daß die technischen Einrichtungen in Amerika bessere sind als in vielen deutschen Betrieben, was jedoch an den Unternehmern liegt. Nicht mehr zutreffend ist aber, daß die amerikanischen Arbeiter leistungsfähiger seien als die deutschen. Weil die deutschen Schuhfabrikanten ebenfalls behauptet hatten, daß der amerikanische Arbeiter entsprechend seinem Mehrverdienst auch mehr leiste, hatte der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands im Jahre 1910 eine Studienkommission zur Erforschung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Amerika gesandt, welche nun in einer kürzlich erschienenen Denkschrift* ein sehr wertvolles Material über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Schuharbeiter in Amerika veröffentlicht, das nicht nur die Behauptung der deutschen Schuhfabrikanten beweiskräftig widerlegt, sondern auch von neuem den Beweis erbringt, daß hohe Löhne und niedere Warenpreise nebeneinander hergehen können.

In Deutschland verdienen die Schuharbeiter ungefähr nur die Hälfte von dem, was die Schuharbeiter in Amerika verdienen, aber auch zum Teil wesentlich weniger. Nach den Angaben der Firma Herz, welche anerkanntermaßen mit die höchsten Löhne in Deutschland bezahlt, gut eingerichtet und regelmäßig beschäftigt ist, betrug bei neunstündiger Arbeitszeit der durchschnittliche Tagesverdienst aller Arbeiter im Jahre 1910 4,64 Mk. Im Staate Massachusetts dagegen hatten nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1908 — das ein Jahr der Krise war — von den Männern über 21 Jahre 31 729 oder 84,14 Prozent einen wöchentlichen Verdienst von über 12 Dollar, das sind 50,40 Mark, und 7614 oder 15,34 Prozent hatten einen wöchentlichen Verdienst von mehr als 20 Dollar, das sind 84 Mk. Von den Frauen über 21 Jahre verdienten 13 214 oder 55,52 Proz wöchentlich mehr als 9 Dollar, das sind 37,80 M 6015 oder 25,69 Prozent verdienten mehr 12 Dollar, das sind 50,40 Mark pro Wo Von den Arbeitern und Arbeiterinnen unter Jahren verdienten 3860 oder 43,89 Prozent mehr 7 Dollar, das sind 29,40 Mk. pro Woche, und 1015 o 11,54 Prozent verdienten wöchentlich mehr als 10 Doll das sind 42 Mk. 2231 männliche, 47 weibliche und Arbeiter unter 21 Jahren verdienten wöchentlich m als 25 Dollar, das sind 105 Mk.

Trotz dieser hohen Löhne steht es nun fest, daß amerikanischen Schuhwaren keineswegs teurer verka werden als in Deutschland. Der Ladenpreis der Sti schwankt zwischen 1,50 bis 6 Dollar, das sind 6,30 25,20 Mk. Die Hauptproduktion dürfte aus 3- 4-Dollar-Stiefeln, das heißt 12,60- bis 16,80-Mk Stiefeln (Ladenpreis) bestehen, und diese Preise wer auch in Deutschland bezahlt.

Daß aber auch die Leistungsfähigkeit der deutsc Arbeiter nicht geringer ist, als diejenige der amerika schen Arbeiter, dafür bringt die Denkschrift ebenfa eine Anzahl Belege. So schneiden z. B. die Zuschnei bei Krippendorf in Amerika bis zu 380 Paar die Wo Die Zuschneider in Pirmasens aber übertrumpfen n die Amerikaner und liefern bis zu 420 Paar. Da verdienen die Zuschneider in Pirmasens 32, aber auch 24 bis 30 Mk., die Zuschneider in Amerika dagegen zu 88,20 Mk. die Woche. Nicht in der höheren Leistun fähigkeit der Arbeiter und auch nicht in besseren M schinen ist die vorteilhaftere Produktion der amerika Schuhfabriken begründet, sondern in den Ersparnis die durch eine eigenartige Gestaltung der Schuhe erz werden, und in der besser durchgeführten Arbeitsteilu

Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter deshalb auch eine den höheren Löhnen entsprech bessere als die der Arbeiter in Deutschland. Die De schrift veröffentlicht das Haushaltungsbudget einer de schen Familie in Cincinnati (Ohio), aus dem zu ersel ist, daß der amerikanische Arbeiter in der Regel morg zum Kaffee schon mehr Fleisch und Eier ißt, als deutsche Arbeiter den ganzen Tag. Das Pfund Fle kostet in Amerika je nach Qualität 55 bis 80 Pfenn während im Jahre 1910 in Deutschland das Pfund bis 100 Pfennig kostete. Die Wohnungsmiete, heißt in der Denkschrift, ist in Amerika ebenfalls durchaus ni teuerer als wie in gleich großen Städten Deutschlan Der betreffende Arbeiter, dessen Budget veröffentli wird, zahlt pro Monat 35,70 Mk., also 428,40 Mk. Jahr. „In den deutschen Großstädten, wie Münch Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, Berlin usw. bekom man gleichgroße Wohnungen, drei Zimmer und gr Wohnküche nebst Zubehör, für diesen Preis nicht." De diese Wohnungen liegen im Innern der Stadt. Miete, sehr gute Ernährung und alles, was der Haush erfordert, gab die vierköpfige Familie wöchentlich 56 Mark aus. Da der Verdienst (von Mann und Fra pro Woche 108,67 Mk. betrug, so blieben wöchentl 51,92 Mk. übrig für Kleidung, Wäsche, Vergnügu gen usw.

Die höheren Löhne bedingen also keineswegs höhe Warenpreise. Sie können den Arbeitern im vollen Ma zugute kommen, wenn die Produktionsmethoden vo kommen sind und die Preise nicht künstlich durch eine v kehrte Zollpolitik im Interesse einzelner gesteig werden.

* Denkschrift über die Untersuchungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie in Amerika. Von J. Simon und C. Höltermann. Verlag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands. Nürnberg, Breite Gasse 25/27.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der verfassungswidrige Wehrbeitrag.

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korresponden hat ausgetüftelt, daß der beschlossene Wehrbeitrag v fassungswidrig sei. Artikel 58 der Reichsverfassung sagt: „Die Kosten und Lasten des gesamten Kriegswese des Reiches sind von allen Bundesstaaten und ihren A gehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bev zugungen, noch Prägravationen einzelner Staaten od Klassen grundsätzlich zulässig sind." Diesem Arti widerspreche der Beschluß des Reichstages über d Wehrbeitrag in aller Form, da durch ihn ausschließl einzelne Klassen belastet worden seien.

Die Ausführungen sind der „Deutschen Tagesztg." Grunde aus der Seele gesprochen; doch hängen ihr Trauben zu hoch. Sie bemerkt schließlich: „Form dürfte die Frage insofern anders liegen, als der Begr der „besitzenden Klassen" mit dem der „Klassen" im A tikel 58 der Reichsverfassung nicht ohne weiteres identi ist; die Zugehörigkeit zu einer „Klasse" im Sinne d Artikels 58 ist schwerlich durch das Vorhandensein od Nichtvorhandensein eines bestimmten Besitzes gegeben

Bisher hat sich die „Deutsche volkswirtschaftli Korrespondenz" noch nicht darüber aufgeregt, daß info

unserer so ungerechten und indirekten Steuerpolitik die große Masse des Volkes, also die minderbemittelte Volksklasse, am meisten und fühlbarsten bluten muß.

Kleine Anfragen im Reichstage.

Im Reichstage sind nachstehende Anfragen eingelaufen: Abg. Dr. Heckscher fragt: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob in nächster Zeit auf das Zustandekommen der internationalen Organisation der drahtlosen Zeitsignale gerechnet werden darf? Mir genügt eine schriftliche Erklärung.

Die Herren Dr. Bassermann und Freiherr v. Richthofen fragen an: Ist die Meldung richtig, daß die deutsche Regierung bei den deutsch-englisch-türkischen Verhandlungen über Koweit und die Endstrecke der Bagdadbahn für immer auf deutsche Beteiligung an der Schiffahrt auf dem Tigris verzichtet habe? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.

Einer Korrespondenz zufolge hat jetzt der Bundesrat die Tagessätze für die Schöffen und Geschworene auf 5 Mk. festgesetzt. Die Kosten, die dem preußischen Staat durch die neuen Festsetzungen entstehen dürften, sind auf etwa eine Million Mark pro Jahr zu berechnen. Ein Entwurf über die Neuregelung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen ist dem Bundesrat zugegangen und dürfte nach dessen Beschlußfassung dem Reichstage voraussichtlich im Herbst vorgelegt werden. In diesem Entwurf ist eine Erhöhung der Gebühren für Sachverständige im Durchschnitt um 50 v. H. vorgesehen, und auch die Sätze für den Aufwand und Nachtquartiere haben in den Vorschlägen des Entwurfs eine Steigerung erfahren.

Reichstagsabgeordneter Graf Kanitz gestorben.

Am Montag ist der konservative Reichstagsabgeordnete Graf von Kanitz nach kurzer Krankheit gestorben. Kanitz ist geboren am 17. April 1841 in Mednicken in Ostpreußen. Er gehörte schon dem norddeutschen Reichstage in den Jahren 1868 bis 1870 an. Mitglied des deutschen Reichstags war er ununterbrochen seit 1889. Auch dem preußischen Abgeordnetenhause gehörte der Verstorbene seit 1886 an. Graf Kanitz hat ursprünglich die Landratskarriere eingeschlagen und war Landrat des Kreises Sprottau. Später widmete er sich ausschließlich der Politik und er war eine der markantesten Erscheinungen der konservativen Partei. Agrarier vom Scheitel bis zur Sohle, gab er sich wenigstens die Mühe, die agrarischen Forderungen aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus zu begründen. Er begründete auch die Forderung auf Einführung eines staatlich garantierten Getreidepreises. Der Antrag Kanitz, der diese Forderung erhob, wurde Mitte der neunziger Jahre im Reichstag gestellt, aber abgelehnt. Aus dieser Zeit stammt auch das Wort: „Ohne Kanitz keine Kähne". Damit sollte gesagt sein, daß, wenn die Regierung die Forderung der Agrarier nicht bewilligt, diese auch die Forderung für die Flotte ablehnen würden. Kanitz gehörte auch zu den Agrariern, die bei der Vertretung ihrer Interessen der Regierung gegenüber Rückgrat zeigten. Bei aller Rücksichtslosigkeit war der Verstorbene doch in der Form als Parlamentarier manierlich und genoß im Reichstage großes Ansehen.

Graf v. Kanitz vertrat im Reichstag den 2. Wahlkreis des Regierungsbezirkes Gumbinnen Ragnit-Pillkallen. Er wurde mit 10 032 konservativen Stimmen gewählt. Der nationalliberale Kandidat erhielt 6216, der Gen. Hofer 364 Stimmen. Der Wahlkreis ist demzufolge eine sichere konservative Domäne.

Zu den Reichstags-Ersatzwahlen.

Im Wahlkreis Dresden-Neustadt hat die fortschrittliche Volkspartei am Sonntag ihren früheren Kandidaten Rechtsanwalt Klöppel wieder aufgestellt. Die übrigen Parteien sind noch auf der Kandidatensuche. Von reaktionärer Seite ist versucht worden, ein Bündnis sämtlichen bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. Die Versuche sind endgültig gescheitert, da — so meldet das „Berliner Tageblatt" — ernsthaften liberalen Kandidaten nicht zugemutet werden kann, bei einer solchen politischen Harlekinade mitzutun.

Für die Reichstagsersatzwahl in Weilheim hat eine Vertrauensmännerversammlung des Bayerischen Bauernbundes den Landtagsabgeordneten Bürgermeister Schlittenberger als Kandidaten aufgestellt.

Landtagsersatzwahl in Lippe-Detmold.

Anstelle eines verstorbenen fortschrittlichen Abgeordneten hatte am Sonnabend Nachwahl zum Lippeschen Landtage stattzufinden. Genosse Kronhage erhielt 1, der Fortschrittler Wegescheidt 767 und der Konservative Brink 351 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen dem Genossen und dem Fortschrittler statt. Hoffentlich gelingt es, die wenigen zur absoluten Mehrheit fehlenden Stimmen in der Stichwahl noch herauszuholen.

Die deutschen Interessen in Kleinasien.

Durch die bürgerliche Presse lief die Nachricht, die türkische Regierung habe England gegenüber auf jede Beteiligung an der Tigris-Schiffahrt verzichtet. — Die Nationalliberalen haben nun die folgende Kleine Anfrage an den Reichskanzler gerichtet:

„Ist die Meldung richtig, daß die deutsche Regierung bei den deutsch-englisch-türkischen Verhandlungen über Koweit und die Endstrecke der Bagdadbahn für immer auf deutsche Beteiligung an der Schiffahrt auf dem Tigris verzichtet habe? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort."

Noch ehe die Regierung Gelegenheit gehabt hat, darauf zu antworten, meldet ein Telegraphenbureau, es könne von amtlicher Seite erfahren, daß die Meldungen über den Verzicht den Tatsachen nicht entsprechen.

Ausland.

Ein Verleumdungsfeldzug. Man schreibt aus Petersburg: Vor einigen Tagen ging durch die bürgerliche Presse die auch von uns erwähnte sensationelle Nachricht, der lettische sozialdemokratische Abgeordnete im Reichsrat, Ohsol, und der lettische sozialdemokratische Schriftsteller Janson (Braun) seien als Polizeispitzel entlarvt worden. Es ist begreiflich, daß diese Nachricht in Anbetracht der traurigen russischen Wirklichkeit einiges Aufsehen erregte. Zum Glück stellt sich aber heraus, daß an dieser Sensation kein Wort wahr ist. In der Angelegenheit Ohsol erklärt im Petersburger Arbeiterblatt „Lutsch" der sozialdemokratische Deputierte G. D. Tschenkeli, daß der sozialdemokratischen Dumafraktion nichts Ehrenrühriges über Ohsol bekannt sei. Niemand von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Dumafraktion zweifle an der politischen Ehrlichkeit des Genossen Ohsol. Die sensationellen Berichte der lettischen Reaktionspresse seien demnach in bezug auf Iwan Ohsol ebenso unbegründet, wie sie es in bezug auf Genossen Janson sind. Genosse Janson ist einer der Pioniere der lettischen Arbeiterbewegung und einer der angesehensten Vertreter der lettischen Sozialdemokratie. Die feile lettische Reaktionspresse wird durch ihre giftigen Verleumdungen das feste Vertrauen der lettischen organisierten Arbeiterschaft zu ihren leitenden Genossen nicht erschüttert haben. Die baltischen Barone, die die Niederdrückung der lettischen und esthnischen demokratischen Bestrebungen und speziell die Ausrottung der baltischen Arbeiterbewegung als ihre vornehmste „Kultur"aufgabe betrachten, haben schon vor [illegible] Jahren einen ernsten Versuch gemacht, Ohsol — der damals als Mitglied der zweiten Duma sehr populär war — zu verleumden. Diesen edlen Auftrag übertrugen sie [illegible] Berliner Wortführer, Prof. Theodor Schiemann — selbst ein baltischer Junker —, der in seinem Buch über die lettische Revolution die Behauptung aufstellt, Ohsol hätte Parteigelder verschleudert. Genosse Ohsol hielt es unter seiner Würde, das Geschreibsel der kurischen Barone ernst zu nehmen und darauf öffentlich zu reagieren.

Balkan.

Kommt es zu einem neuen Kriege? Diese Frage ist gegenwärtig brennend geworden. Leider muß sie auf Grund amtlicher Meldungen jetzt bejaht werden, da der Kampf zwischen Serbien, Griechen und Bulgaren bereits ausgebrochen ist.

Eine serbische Depesche aus Uesküb, 30. Juni, meldet amtlich: Die Bulgaren führten heute nacht einen Ueberfall auf die serbischen Truppen in der Richtung von Istip aus. In den ersten Morgenstunden erfolgte ein Angriff auf Retka und Zletowo. Der Kampf dauert an. Außerdem griffen die Bulgaren die Serben bei Walendowa an, was von serbischer Seite als ein Beweis angesehen wird, daß Bulgarien ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen hat.

Das amtliche Pressebureau in Athen veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: Die bulgarische Armee begann einen allgemeinen Angriff gegen die griechischen und serbischen Streitkräfte. In der durch die Serben besetzten Region überschritt sie die durch das Protokoll festgesetzte Grenzlinie und rückte gegen Metzikowo, Bogadantza und Gewgeli vor. In der Annahme, daß Gewgeli von Bulgaren besetzt sei, überschritt die bulgarische Armee die gleichfalls in dem griechisch-bulgarischen Protokoll festgesetzte Grenze bei dem Pangäon-Gebirge und marschierte auf Elefterai. Die in Elefterai stationierte griechische Kompagnie wurde abgeschnitten. Eine griechische Abteilung im Tale von Musteni wurde angegriffen. Diese zog sich auf Tzejo zurück. Von der Kompagnie in Elefterai liegen keine anderen Nachrichten vor, als daß gestern abend um 6 Uhr 50 Min. 20 Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben wurden. Heute früh um 4 Uhr wurde nördlich von Bogadantza auf dem linken Ufer des Wardar Geschützfeuer vernommen. Drei bulgarische Regimenter aus Doriane griffen auf dem linken Ufer des Wardar bei Metzikowo die serbischen Vorposten an. Die bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer des Wardar befindlichen Befestigungen. Um 5 Uhr früh wurde ein griechischer Vorposten, der 12 Kilometer von Karasniti entfernt in der Nähe von Kilindra stand, angegriffen. Um 7¾ Uhr morgens griff ein bulgarisches Bataillon die griechischen Vorposten bei Nigrita an. Um 8½ Uhr rückten die Bulgaren gegen den Bagolitza-See vor.

Demgegenüber wird aus Sofia gemeldet, daß die Serben auf der Wardar-Linie die Angreifer seien.

Wer angegriffen hat, ist ziemlich gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß der Krieg unter den früheren Verbündeten ausgebrochen ist. Und das ist bedauerlich genug, da nun wiederum Menschenleben geopfert werden. Hoffentlich gelingt es im letzten Moment doch noch, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Hand in Hand mit den Kriegsnachrichten gehen natürlich auch wieder die Siegesmeldungen, von denen man aber, wenn sie nicht direkt verbürgt, besser keine Notiz nimmt.

Die Polizei in Saloniki verhaftete einen Bulgaren, der ein Fläschchen mit Cholerabazillen bei sich trug, um die Stadt zu verseuchen. Der Anschlag hat eine tiefgehende Erregung hervorgerufen.

Verseuchung durch Bazillen! Das wäre allerdings der Höhepunkt zivilisierter Kriegsführung! Doch vom Standpunkt des Militarismus ist auch dies Mittel berechtigt, weil zweckdienlich, ebenso berechtigt wie die Granaten, Schrapnells und andere „humane" Geschosse.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 1. Juli.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Ein alter Parteigenosse, der 56jährige Tapezier Kurt Pannier, ist gestern nachmittag freiwillig aus dem Leben geschieden. Pannier war selbständiger Meister, konnte aber in den letzten Jahren immer seltener Beschäftigung finden. Doch war nicht anzunehmen, daß er Nahrungssorgen hatte. Jetzt stand er vor dem Umzug. Er war jedoch nicht in der Lage, Miete zu zahlen. Das [illegible] ihm die Pistole in die Hand [illegible] in Leipzig geboren und ist nach [illegible] Lübeck gekommen, wo er sich [illegible] Jahren verheiratete. Er hinterläßt eine kränkliche Witwe. Der Partei hat er in der Kleinarbeit manchen Dienst erwiesen, auch schon während der Zeit des Sozialistengesetzes. Sein tragisches Ende ist darum beklagenswert.

Die Abonnentenversicherung, die auch in Lübeck das einzige Abonnentenlockmittel zweier bürgerlicher Blätter ist, beschäftigte wieder einmal eine Konferenz. Darüber wird gemeldet: Im Februar d. J. ist im Reichstage über eine Denkschrift des Reichsamtes des Innern verhandelt worden, die sich auf die Abonnentenversicherung gewisser Zeitungen bezog. Im Reichstage wandten sich das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen diese Einrichtung. Es hat nun vor einigen Tagen im Reichsamt des Innern eine Konferenz über die Frage der Abonnentenversicherung stattgefunden, in der Ministerialdirektor Caspar den Vorsitz führte. Aus dem Teilnehmerverzeichnis ergibt sich, daß zwar Vertreter von Versicherungsbehörden, von Versicherungsbanken, die sich mit der Abonnentenversicherung abgeben, von Zentrumszeitungen und der Verleger der bekannten Zeitschrift „Nach Feierabend" teilnahmen, jedoch kein Vertreter der Arbeiterpresse. Vermutlich ist keiner eingeladen worden. — Die Verhandlungen zeigten, daß sich in der Haltung der katholischen Presse eine Änderung vollzogen hat. Es wurde nur mitgeteilt, daß man in einer jüngst abgehaltenen Versammlung des Augustinusvereins zu der Überzeugung gekommen sei, daß bei der Ausbreitung, die die Abonnentenversicherung gefunden habe, eine Verschließung dagegen nicht mehr zweckmäßig sei. (Es ist anzunehmen, daß eine gewisse Angst vor der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge an dieser Änderung ihren Anteil hat.) Die Aussprache ergab, daß die verbündeten Regierungen eine Novelle zum Versicherungsgesetz einbringen dürften, durch die die Abonnentenversicherung allgemein der Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt wird. Man kann gewiß sein, daß das Zentrum dann im Reichstage nicht mehr gegen die Abonnentenversicherung auftreten wird, sondern wahrscheinlich erklärt, durch die Unterstellung unter die amtliche Aufsicht werde Mißbräuchen der Riegel vorgeschoben. — Eine nette Episode trug sich am Schlusse der Konferenz zu: Es war von einem Vertreter der Nürnberger Lebensversicherungsbank behauptet worden, daß die Versicherungsgesellschaften bei der Abonnentenversicherung wenig Seide spinnen. Daraufhin erklärte der Inhaber einer infolge der Abonnentenversicherung stark verbreiteten Zeitschrift, daß die Nürnberger Anstalt im letzten Jahre an ihm allein 180 000 Mark verdient habe. — Daraus können diejenigen Arbeiter, die noch immer glauben, durch die Abonnentenversicherung sich etwas Gutes zu tun, sehen, wem sie dadurch nützen!

Die Aufgaben der Pfadfinder. Dieser Tage fand hier in Lübeck das 23. Bundesfest des norddeutschen Jünglings- und Männerbundes statt. Diese Tatsache würde die Arbeiterschaft sehr wenig interessieren, wenn nicht auf diesem Fest auch über die Aufgaben der sogenannten Pfadfinder Ausführungen gemacht worden wären, die geeignet sind, den Charakter dieser bürgerlichen Jugendbewegung ins rechte Licht zu setzen. Es wird da in dem Bericht gesagt:

„In das Programm der Vereine ist die Pflege von Pfadfinderabteilungen aufgenommen worden. Da es sich bei dieser Sache nicht nur um Körperkultur handelt, vielmehr um Erziehung und Stärkung des Willens zur Dienstbereitschaft aller Art, zur Anspruchslosigkeit, zum Gehorsam und zur Disziplin, zur Findigkeit und dergleichen, wurden zwei Pfadfinder-Führerkurse veranstaltet.

Danach ist die Aufgabe dieser Pfadfinder die Erziehung zur Knechtseligkeit, die natürlich nur im Interesse des Ausbeutertums liegt. Kein Arbeiter sollte deshalb dulden, daß seine Kinder einer solchen Gesellschaft angehören.

b. Schöffengericht am 1. Juli. Unüberwindliche Abneigung gegen den Schulbesuch zeigte der 10jährige Knabe des Arbeiters D. In zwei Monaten kam das Bürschchen 16mal überhaupt nicht in die katholische Schule und viermal lief er davon. Die angewandten Mittel des Vaters blieben erfolglos; einigemal trieb sich der Knabe auch die Nächte herum und wurde von der Polizei aufgegriffen. Der Vater sollte 5 Mk. Strafe bezahlen, gegen die er sich wehrt. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt. Das Früchtchen soll sich dem Gericht selbst mal vorstellen. — Geschenkt oder gestohlen? Um den rechtmäßigen Besitz einiger Bettlaken stritten sich zwei Frauen. Die eine reklamiert sie für sich, während die andere mit fixem Zungenschlag behauptet, die Linnen, deren eines in Stücken vorliegt, vom katholischen Frauenverein und andern Damen bekommen zu haben. Frau F. findet mit ihren Angaben keinen Glauben; sie wird antragsgemäß zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Eine Plätterin verstieß gegen diese Schutzbestimmung und muß deshalb 5 Mark Strafe bezahlen. — Der Liebhaber ohne Geld! Ein junger Tapeziergehilfe Sch. lernte am Museum ein Mädchen kennen, mit dem er sofort einen Ausflug nach Israelsdorf unternahm. Geld hatte der Mann nicht in der Tasche, weshalb er die neue Bekanntschaft um 2 Mk. anpumpte. Die Ausgaben übertrafen bei weitem diesen Betrag. Abends bemerkte das Fräulein, daß ihr 8,40 Mk. aus dem Geldbeutel gestohlen worden waren. Der Dieb entpuppte sich in dem Begleiter, der für den Mißbrauch der Güte 2 Wochen Gefängnis erhielt. — Fünf Pfennig täglich will der Musiker H. in der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle verdient haben. Trotzdem hielt er ein halbes Jahr aus und lebte von wohltätigen Vereinen. Er wurde einmal mit Einkassieren beauftragt, mit den gesammelten 48 Mk. verließ er dann Lübeck. Das brachte ihn wegen Unterschlagung auf die Anklagebank. Er wird zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Die Mutter zeugt gegen die Tochter, deren uneheliches Kind sie in Pflege hat. Da der Vater im Zuchthaus saß, konnte er nicht für Alimente aufkommen; in einem solchen Falle muß die Mutter sorgen. Die Armenanstalt zahlte monatlich 12 Mk. und wollte einen Teil des Geldes wieder von der Arbeiterin H. haben. Da diese oft die Stellung wechselte und vielfach knappen Verdienst hatte, konnte sie der Forderung nicht nachkommen. Es wurde ihr aufgetragen, einen Dienst anzutreten; darauf gab sie zur Antwort, sie sei alt genug und wisse selbst, was sie zu tun habe. Gegen eine 14tägige Haftstrafe legte das Mädchen Berufung ein. Von der Mutter wird es als durchaus arbeitsscheu und herumtreibertisch bezeichnet; sie kümmere sich um das Kind überhaupt nicht. Die Strafe wird auf 8 Tage ermäßigt. = Vom Viehhandel. Um 785 Mk. soll der Händler M. aus Buchholz den Stockelsdorfer Händler B. betrogen haben. Er erhandelte von ihm drei Starken und ließ sie von seinem Treiber verladen, ohne sie zu bezahlen. Dem B. versprach er, das Geld anderen Tages zu schicken, es sei ihm wegen zu großem Einkauf ausgegangen. Mit dem Weiterverkauf will der Angeklagte Pech gehabt und in acht Tagen 4—5000 Mark verloren haben, da der Marktverkauf durch die herrschende Seuche im vorigen Jahre stark erschwert war. Auf

das Geld wartet der Stockelsdorfer Händler heute noch, wie eine Anzahl Kollegen, die im Privatklagewege zu ihrem Rechte kommen wollen. Das Geschäft des Angeklagten ging mittlerweile auf dessen Frau über, auch stellte sich heraus, daß er vor Jahren in Harburg den Offenbarungseid geleistet hat. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Absicht des Betrugs frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. Der Kausalzusammenhang fehlte, der Angeklagte habe schon öfters Kreditgeschäfte mit B. gemacht. Es sei auch nicht festzustellen, ob der Angeklagte in absehbarer Zeit nicht in der Lage gewesen wäre, dem Versprechen nachzukommen.

b. **Gewerbegericht** am 30. Juni. Anstellung auf unbestimmte Zeit. In der Fischräucherei J. P. B. in Schlutup war seit dem vorigen Jahr der Mariniermeister Sch. mit 40 Mark Wochenlohn angestellt. Beim Stellungsantritt soll ihm gesagt worden sein, daß im Sommer ein Mariniermeister überflüssig sei, und im Laufe des Winters erwähnte der Räuchereibesitzer, so lange etwas zu tun sei, könne Schr. bleiben. Am 1. April wurde ihm auf den folgenden Ersten gekündigt. Doch lief das Arbeitsverhältnis bis zum 1. Juni weiter. Der Mariniermeister verlangt jedoch dreimonatige Kündigung und Ersatz für den fehlenden Monat im Betrage von 166,66 Mark. Auf des Vorsitzenden Belehrung hin, man müsse ohne besondere Vereinbarung über die Kündigung doch wenigstens sagen, wie lange das Arbeitsverhältnis dauern soll und dürfe nicht einfach sagen; so nun ist es zu Ende, willigt der Beklagte in einen Vergleich von zwei Dritteln der geforderten Summe. Bis zum 14. Juli steht dem abwesenden Kläger ein Widerruf zu den Gerichtsakten zu. — Wie Unternehmer am Pfennig kleben. Dem Ziegeleiarbeiter W. wurde, wie er angibt, auf der Vorwerker Ziegelei schwere Arbeit zugemutet, als er zu leisten imstande war. Auf Vorhalt bekam W. die Antwort, er solle nur bleiben, andere Arbeit würde ihm zugewiesen. Eines Tages soll W. die einem andern geäußerte Drohung wahr gemacht haben, daß er in den Sack hauen werde. Er verlangte sofort die Papiere, die ihm ausgehändigt wurden, doch war keine Arbeitsbescheinigung darunter. Holen konnte er sie nicht, da ihm beim Wiederbetreten des Platzes mit der Polizei gedroht wurde. Neben den ihm zustehenden 3 Arbeitstagen verlangt W. noch 14 Tage Lohn wegen kündigungsloser Entlassung. Mit dieser letzten Forderung wars von vornherein Essig, dagegen wurde ihm die erste, an der sich der Unternehmer schadlos halten wollte, zugesprochen. Da Tage- und Akkordlohn in Frage kam, würde die Forderung 12,75 Mark ausmachen. Im Vergleichswege wollte der Ziegeleibesitzer H. auf Vorschlag 12 Mark bezahlen, womit sich auch der Kläger einverstanden erklärte. Jetzt verlangte H. noch 92 Pfg. für Versicherungsgeld und weigerte sich entschieden auf den Vorschlag des Gerichts einzugehen, es bei der runden Summe zu belassen. Daraufhin wurde der Vergleich auf 12,75 vom Vorsitzenden festgestellt, so daß dem Kläger 11,83 zukommen. Bis ein auf dem grünen Tuch liegendes Markstück zerkleinert war, damit der Arbeiter ja nicht 17 Pfg. zu viel bekommt — das Wechseln machte etwas Schwierigkeiten — konnte sich der arme Teufel an den ihm zustehenden Silberlingen ergötzen, denen der andere mit Schmerzen Valet sagte. Die Arbeitsbescheinigung wurde an Gerichtsstelle ausgehändigt. Ein zweiter Kläger aus demselben Betrieb mußte mit diesem Papier allein abziehen, denn seine Forderung für 14 Tage war verwirkt, weil er von selbst die Arbeit an den Nagel hängte und sich bei der Abkehr mit den Versicherungspapieren und dem Geld einverstanden erklärte. Nach seinen heutigen schüchternen Angaben wollte er zwar nur das Krankenkassenbuch gefordert haben. — Eigenartige Zumutungen am Kellner nach der Arbeitszeit bestehen in verschiedenen Betrieben. Es wird von ihnen in den späten Nachtstunden noch verlangt, beim Gläserputzen behilflich zu sein. Einem Kellner, der erst wenige Tage in Lübeck war und zur Aushilfe bei P. einen Tag servierte, wurden von dem festgesetzten 3-Mark-Lohn 50 Pfg. abgezogen, weil er sich diese Arbeit auszuführen weigerte. Ihm sei bei der Vermittlung von dieser Pflicht nichts mitgeteilt worden. Während ein Zeuge vom Deutschen Kellnerbund das nachträgliche Abwaschen für ebenso selbstverständlich hält wie das Decken vorher, führt der Vertreter des Kellners eine Reihe Restaurationen an, bei denen eine solche Forderung nicht erhoben werde, es sei denn, daß man diese Arbeit besonders vergüte. Bei P. dauere das Nachwaschen manchmal 1½—2 Stunden; hätte der Kläger an dieser Beschäftigung noch teilgenommen, würde er den Weg nach Lübeck in später Nacht zu Fuß zurückzulegen gezwungen worden sein. Der Beklagte betonte, daß es sich nur um das Abwaschen der Bier- und Likörgläser gehandelt habe, das in einer halben Stunde beendet gewesen sei und für das er ohne besondere Vereinbarung eine Vergütung gegeben habe. Es werde immer schwärzer dargestellt als es in Wirklichkeit sei. Dem Kellner sei diese Pflichtleistung unbedingt zu Gehör gekommen. Am andern Tag könne man nicht so viel Leute auftreiben, um die Arbeit zu bewältigen! Das Gericht sieht im vorliegenden Fall Extraarbeit an. Die regelmäßige Kellnerarbeit höre mit dem Bedienen der Gäste auf. Allerdings sei sie bei ausdrücklicher Vereinbarung zu leisten. Daß der Vermittler dem Kellner davon Kenntnis gegeben habe, werde hier nicht behauptet, bewiesen könne dem Kellner auch nicht werden, daß er um diese Arbeit gewußt habe. Damit sei nicht gesagt, in andern Fällen könnten sich die Kellner weigern, die Arbeit zu verrichten. Um derartige Streitigkeiten zu vermeiden, müßte auf dem Vermittlungszettel ein Vermerk stehen. Der Beklagte wurde zur vollen Zahlung der 3 Mark verurteilt und hat außerdem 1 Mark Kosten zu zahlen.

pb. **Ein empfindlicher Verlust.** Am 30. v. Mts. hat ein hier auf Urlaub befindlicher Unteroffizier, wahrscheinlich in der Straßenbahn, ein schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend rund 54 Mk., einen Urlaubsschein und einen Gepäckschein verloren. Der Verlierer benutzte die Straßenbahn von Kücknitz nach Israelsdorf und stieg gleich auf Linie 7 nach dem Bahnhof um. Bis heute ist das Portemonnaie von dem Finder, weder im Fundbureau des Polizeiamts, noch an den Verlierer abgegeben.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Kiel. Ein hungernder Bürgermeister. Vor der Strafkammer in Kiel stand am Montag der frühere Bürgermeister Rhode von Bad Bramstedt in Holstein. Er war angeklagt, in mehreren Fällen amtliche und private Gelder im Gesamtbetrage von 43 000 Mk. in den Jahren 1910/13 unterschlagen zu haben. Der geständige Angeklagte gab an, daß er aus drückendster Not gehandelt habe. Sein Gehalt betrug 1500 Mk.; dazu kamen 1500 Mk. Dienstaufwendungsentschädigung, die aber nicht ausreichten, um Bureaumiete und Hilfskräfte zu bezahlen. Die einträglichen Nebenämter übte sein Vorgänger aus. Weil er mit seiner Frau und fünf Kindern von trockenem Brot und Kartoffeln und in einer ungeheizten Wohnung leben mußte, fing er Unterschlagungen an. Um die entwendeten Summen wieder zu decken, ließ er sich durch die Vermittlung des Hamburger Bankiers Dr. Becker mit den anvertrauten Geldern ins Börsenspiel ein. Mit dem erzielten Gewinn von 40 000 Mk. verschwand aber der saubere Makler. Als die Entdeckung drohte (der Bankier Becker hatte sich erschossen), flüchtete Rhode nach Argentinien, kehrte aber im Mai zurück und stellte sich dem Gericht. Die Gehälter in Bramstedt sind unerhört niedrig — 400, 800 und 1400 Mk. In einem Falle erhöhte die Aufsichtsbehörde das Gehalt zwangsweise auf 1400 Mk. Dabei ist die Einwohnerschaft steuerkräftig genug. Ein Polizeisergeant gab seine Stellung auf, weil er nicht hungern oder Schulden machen wollte. Alle Bitten der Beamten um Gehaltszulage wurden abgelehnt. Durch die Veruntreuungen Rhodes sind hauptsächlich geschädigt der Mergelverband in Bramstedt und die Holstenbank in Neumünster. Dem Angeklagten standen glänzende Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung. Bei Übernahme des Bürgermeisteramts in Bramstedt wurden ihm Nebenämter in Aussicht gestellt, die etwa 2000 Mk. einbringen sollten. Der reich gewordene Vorgänger wußte aber ihm den Weg abzusperren. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Gefängnis. — An diesem Prozeß ist unzweifelhaft das Merkwürdigste, daß eine wohlhabende Gemeinde ihre Beamten so miserabel bezahlt, daß selbst der Bürgermeister sich wie der ärmste Proletarier nur von Brot und Kartoffeln nähren konnte. Das zeigt die Wertschätzung, die das steuerkräftige Bürgertum solcher kleiner Rentnerstädtchen der geistigen Arbeit entgegenbringt. Welches Geschrei würde die bürgerliche Presse erheben, wenn dergleichen in einer Gemeinde mit sozialistischer Verwaltung vorgekommen wäre.

Kiel. Großfeuer in Elmschenhagen. Montag vormittag ist das Ziegelwerk II Elmschenhagen des Herrn A. C. Hansen in Wellingdorf bis auf den Grund abgebrannt. Neun Schuppen wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 120 000 Mk. geschätzt. Das Feuer entstand gegen 9 Uhr und nahm, da es in dem trockenen Holze reichlich Nahrung fand, eine sehr große Ausdehnung an. Von den gesamten Bauten ist nur das Wohnhaus erhalten geblieben. Der Eisenbahnzug mußte auf offener Strecke halten, damit erst die Fenster der Wagen geschlossen würden, weil sonst die Passagiere wegen des dichten Qualms in die Gefahr des Erstickens gekommen wären. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden.

Neumünster. Die Tat eines Geisteskranken. Der in Boostedt bei Neumünster wohnende 20jährige Landmann Rudolf Stäcker machte Freitag den Versuch, seine Mutter und seine Schwester mit dem Beil zu erschlagen. Es gelang diesen jedoch, zum Amtsvorsteher zu flüchten. Darauf zündete Stäcker den von den dreien bewohnten landwirtschaftlichen Besitz an. Dieser wurde vollständig zerstört. Nur einige Schweine konnten gerettet werden. Als Amtsvorsteher Fehrs auf der Brandstätte erschien, wurde er von Stäcker tätlich angegriffen. Der Brandstifter wurde darauf verhaftet und dem hiesigen Zentralgefängnis zugeführt. Das Gewese gehört einem Bruder, der in Marienburg seiner Militärpflicht genügt. Stäcker scheint die Tat im Zustande geistiger Umnachtung begangen zu haben.

Geestemünde. Drei Personen ertrunken. Ein furchtbares Bootsunglück hat sich am Freitag auf der Weser bei Hammelwarden ereignet. Vier Personen hatten eine Bootspartie unternommen, wobei das Boot kenterte, so daß alle vier ins Wasser stürzten. Lloyddampfer „Hecht", der in einiger Entfernung die Unfallstelle passierte, eilte sofort zur Rettung der Verunglückten herbei, doch gelang es ihm leider nur, eine Person zu retten, während die übrigen drei ihren Tod in den Fluten fanden. Nähere Einzelheiten über das Unglück sind uns nicht bekannt.

Bremen. Der Parteitag des Bezirks „Nordwest" fand am Sonntag, 29. Juni, im Parteihause in Bremen statt. Der Bezirksvorstand, die Wahlkreise Bremen, 6., 17., 18. und 19. hannoverscher Wahlkreis waren durch 59 Delegierte vertreten. Der Vorsitzende, Genosse Rhein, gab an Hand des gedruckten Berichts ein Bild von der Entwicklung des Bezirks. 1912 wurden bei der Reichstagswahl für die sozialdemokratische Partei im Bezirk 82 921 Stimmen abgegeben, was gegen 1907 einen Gewinn von 19 827 Stimmen bedeutet. Die Mitgliederzahl der Organisationen stieg seit dem letzten Bezirksparteitage im Jahre 1911 um 8495 und beträgt jetzt 33 566. Die Kassenverhältnisse entwickelten sich ebenfalls günstig, nur der 6. Kreis erfordert noch einen Zuschuß. Durch Annahme eines Antrages wurde der Vorstand ermächtigt, je nach Bedarf Frauenkonferenzen einzuberufen. Die Zahl der organisierten Genossinnen stieg von 3077 auf 6048. Genosse Max Peters aus Berlin hielt einen instruktiven Vortrag über die Jugendbewegung. Die lebhafte Diskussion bewies, daß der proletarischen Jugendbewegung noch mehr als bisher Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Bildungsbestrebungen leiden, wie Genosse Stözen betonte, ebenfalls an den ungenügenden Mitteln, die den kleineren Organisationen für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Der Bezirksvorstand hatte beantragt, eine wöchentlich erscheinende Zeitung für die Landbevölkerung herauszugeben. Der Abonnementspreis sollte pro Quartal 50 Pfg. betragen und der Bezirk das Defizit tragen. Der Antrag wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, durch den Bezirk den Ortsvereinen einheitliches Verwaltungsmaterial zuzustellen. Der Beitrag der Organisationen an den Bezirk wurde bei 5 Proz. belassen, wodurch der Bezirk jährlich etwa 7000 Mk. Einnahme hat. Zum Vororte wurde wieder Bremen, zum Vorsitzenden der Genosse Rhein gewählt. Der Vorstand wurde erweitert: der Vorort wählt drei, die Vorstände der übrigen Wahlkreise je ein Mitglied, der Sekretär erhält Sitz und Stimme, sodaß der Vorstand neun Mitglieder zählt, worunter eine Genossin sein muß. In einer Resolution protestierte der Parteitag gegen das Schreckensurteil des Erfurter Militärgerichts, das gegen sieben Arbeiter wegen eines Wirtshausstreites gelegentlich der Kontrollversammlung ausgesprochen wurde.

Bremen. Aus der bremischen Bürgerschaft. Die bremische Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung wieder einige Beweise ihres Liberalismus gegeben. Nicht nur, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Erweiterung des Sommerurlaubs für Staatsarbeiter abgelehnt wurde, es wurde auch der sozialdemokratische Antrag niedergestimmt, daß bei den Bürgerschaftswahlen die in den Wählerlisten verzeichneten Wähler von der Aufnahme in die Wählerliste durch Postkarten zu benachrichtigen sind. In einer Reihe weniger „liberaler" Gemeinden besteht diese Einrichtung bekanntlich schon seit langer Zeit. — Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, in den bremischen Staatsschulen die Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht zu befreien. Nur ein Teil der Fortschrittler stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, eine Zahl Fortschrittler stimmte ausdrücklich dagegen, während sich noch andere der Stimme enthielten.

Theater und Musik.

Sommertheater in den Stadthallen. „Filmzauber", Operette in 4 Bildern von Rudolf Bernauer und Schanzer; Musik von Kollo und Bredschneider. Mit der Aufführung des „Filmzauber", den man nach seinen musikalischen und sonstigen Qualitäten besser als Posse denn als Operette bezeichnen kann, scheint die Leitung unserer Sommerbühne der Geschmacksrichtung weitester Kreise des Publikums entsprochen zu haben. Das Theater war dicht gefüllt und die Erschienenen amüsierten sich aufs beste. Der lustige Unsinn, der mit Berliner Schnoddrigkeiten und Kalauern gewürzt ist, bietet für einige Stunden fröhliche Unterhaltung, wenn man keine höheren geistigen Ansprüche stellt, sondern sich einmal über ulkige Situationen und komische Szenen recht auslachen will. Dazu kommt, daß die nun einmal in einer modernen Operette resp. Posse unentbehrlichen exzentrischen Tänze auch einen wichtigen Bestandteil des „Filmzauber" bilden und jedem Schlager angegliedert sind. Von dem Inhalt des Opus wollen wir so gut wie nichts verraten; es wird selbstverständlich viel geliebt und schließlich „kriegen" sich auch einige Paare. Auch ein nationaler sächsischer Reichstagsabgeordneter trägt nicht unwesentlich zum Vergnügen seiner Mitmenschen bei. Der Clou des Ganzen ist jedoch die Kientoppaufführung von „Napoleon und die Müllerstochter" bei der sogenannten historischen Mühle in Knötteritz. Die Sache ist so wirkungsvoll gemacht, daß Heiterkeitsstürme das Haus durchbrausten. Unter der Regie Heydeckers wurde der „Filmzauber" ganz famos gespielt. An der Spitze aller Mitwirkenden stand natürlich Heydecker selbst, der als Filmdichter Adalbert Musenfett alle Minen seines nie versiegenden Humors, seiner dezenten und gerade darum so treffsicheren Komik springen ließ. Auch tanzen konnte er fein. Eine verliebte und ausgelassene Berliner Range voller Schelmenstreiche, dabei auch gesanglich sehr annehmbar, war Fräulein Klerwien als Geheimratstochter Fränze. Für die Erheiterung des Publikums sorgten durch hübsche Darbietungen die Damen Pestel (als Tugendboldin Eufemia Breitsprecher), Dora Kaps (Wanda Hammerschmidt), Ballay (Filmprimadonna Marie Gestikulata) und Reichardt (Frau Käsebier) sowie die Herren Bögel (Reichstagsabgeordneter Käsebier), Wallis (Klemzinski), Göbel (Diener bei Musenfett) und Weymann (Max Rademacher). Mit einem graziös und geschmeidig getanzten französischen Walzer errangen die Solotänzerinnen Eulenberg und Liman sich stürmischen Beifall. Die Hauptschlager, an denen der „Filmzauber" nicht arm ist, wurden durchweg da capo begehrt. Nach dem Erfolg der gestrigen Aufführung ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß auch in Lübeck wie anderorts der „Filmzauber" eine große Anziehungskraft auf das Publikum ausüben wird.

P. L.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. Juni 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

15. Juni. Kutscher R. O. Pfeiffer. 17. Vizefeldwebel W. F. H. Voht. 18. Zimmermann O. C. Hardt. 19. Gerichtsvollzieher C. F. J. Ch. Angerstein. Schlossergeselle R. F. W. Schlieben. 20. Redakteur M. A. F. W. Knie. Schmied W. F. K. Baumann. Schmied A. F. K. Zirzow. 21. Bureaugehilfe J. H. Duden. 22. Tischlergeselle W. H. F. Niemann. Sergeant P. Wanzenberg. Arbeiter P. C. H. Heittmann. 23. Bahnarbeiter J. E. W. Steen. Kesselschmied K. H. A. F. D. Weber. Bankier A. Frank. 24. Kaufmann J. P. Schröder. 26. Bäcker W. F. H. Buchin. 28. Brauer M. Biendl.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

14. Juni. Arbeiter J. O. H. Schröder. 17. Gerichtssekretär L. Schall. 18. Zimmermann W. J. F. Drews. Schlosser O. J. W. Bruhn. 19. Schriftsetzer G. A. Müller. Zimmergeselle W. H. A. A. Hering. Gastwirt F. J. Th. Hinz. 20. Kaufmann J. P. Christiansen. Arbeiter J. C. Utesch. Graveur G. A. F. Widlöf. 21. Arbeiter H. J. H. Wegener. Handlungsgehilfe Th. E. A. Oldörp. Feuerwehrmann H. F. J. Stamer. Maurer J. D. H. Bollow. 22. Arbeiter H. A. A. Sindt. 23. Hafenarbeiter H. L. K. B. Hahn. Schuhmachergeselle C. J. D. Hansen. 26. Arbeiter H. A. Th. Böck. Arbeiter H. R. E. Römer.

Angeordnete Aufgebote.

23. Juni: Konditorgehilfe M. K. K. Hill und Chr. M. K. Neubert. Arbeiter Th. M. F. J. Puls und E. D. H. Gewohn. Postillon E. W. K. F. Koch und E. L. A. Ollmann. Fabrikant W. A. Georgius und E. J. A. Brand. Arbeiter F. H. Chr. Voß und M. E. H. A. Ott in Neu-Horst. Straßenbahn-Wagenführer J. H. F. Röther und A. W. Stürtzel in Groß-Gustkow. Elektromonteur K. A. Hauschild und E. M. A. W. Witt in Selmsdorf. Maschinist J. H. F. Koop und E. J. Wink, beide in Rotterdam. Tiefbau-Techniker F. E. P. Dettmer in Brunsbüttelkoog und H. M. L. Scharnweber in Hollenbek. 24. Arbeiter A. J. F. Bockholt und B. A. F. S. Podein in Grabow i. M. Oberschweizer K. F. Haase in Bilsen und A. J. Krüger in Schönböcken. Arbeiter F. J. F. Flägel und A. S. M. E. Peters. 25. Bureaugehilfe F. K. E. Dittmer und J. Th. Bockhagen. Klempnergeselle F. F. H. Wiencke und L. B. M. Beck. Arbeiter H. H. L. Möller und St. Baranska genannt Kubia. Bohrer R. E. W. Dettmann und E. B. M. Ratzeburg. Schlosser G. A. D. Mirow und E. M. Schmahl, beide in Hamburg. Zimmerpolier E. L. F. J. Schoof und H. W. L. Barez geb. Davidzen in Altona. 26. Bäcker G. F. J. Burmester und M. A. D. Hanschmann. Arbeiter F. J. H. M. Geissler und M. M. K. Gatermann. Lokomotivheizer R. K. E. Kibbel und E. E. B. M. Hanack. Schriftsetzer J. F. G. Meier und A. M. D. Schwabroh. Arbeiter J. K. H. G. Zander und M. K. A. H. Melchert. 27. Eisenbahn-Diätar J. F. A. Pohlmann und H. M. K. Brockmüller. Tischlergeselle H. H. W. Rönnpag und M. J. W. Weitendorff. Handlungsgehilfe K. H. J. Schomann und J. M. M. Holst. 28. Arbeiter J. H. Chr. Loof und J. L. Ch. Peters geb. Kohl. Buchhalter L. Hoberg in Husum und F. L. Lahrtz. Arbeiter H. Ch. K. Döscher und G. Krajewski, beide in Padelügge.

Eheschließungen.

23. Juni: Kaufmann W. Goldschmidt in Hamburg und J. Wigdorowitsch. 24. Friseur E. Lüdemann und E. Dannenberg. 25. Schiffsoffizier H. Basse in Altona und Ottensen und E. A. M. K. Freyholz. 26. Photographen P. Riefs und E. A. Schwien. 27. Kaufmann W. F. Wienke in Odessa und M. A. Chr. Million. 28. Unteroffizier H. A. F. Fritzemeier und M. H. Hamel. Arbeiter F. J. H. W. Niss in Herrnburg und D. Chr. M. Gildemeister. Kutscher Chr. W. H. Fick und R. J. M. Wachs.

Sterbefälle.

21. Tischlermeister F. H. D. Nehls, 68 J. Zigarrenfabrikant J. H. W. Behrens, 76 J. D. M. E. geb. Miron, Ehefrau des Privatmannes J. F. F. Hack, 60 J. 22. C. geb. Kaping, Witwe des Kiepenmachers J. C. Wittfoh, 53 J. J. A. M. Böffow, 1 J. M. A. W. geb. Leipar, Ehefrau des Modelltischlers F. F. Rudel, 42 J. A. J. Kerr, 9 Mt. 23. M. S. E. geb. Haack, Ehefrau des Privatmannes J. H. Morgenstern, 55 J. 24. A. W. C. geb. Broder, Witwe des Schiffszimmermanns H. W. J. Klatt, 84 J. G. F. Goll, 1 J. Gärtner H. H. Meier, 87 J. M. F. geb. Kock, Ehefrau des Redakteurs F. O. Bachmann, 42 J. C. M. Möller, 46 J. (Mori). Arbeiter K. A. Eggert, 57 J. 25. A. A. E. Sagges, 92 J. M. E. M. Mielbrett, 3 J. A. S. K. Barkenthin, 3 Mt. Kornmakler D. F. Th. Wulff, 73 J. E. Chr. J. geb. Dühring, Witwe des Parkwächters H. J. Steffen, 79 J. O. F. K. Focklenbrock, 1 J. 26. K. E. Baustian, 9 J. Privatmann J. W. E. L. Halse, 42 J. Arbeiter K. J. F. Schott, 18 J. (Kücknitz). C. M. L. geb. Harder, Witwe des Molkereipächters A. Meyen, 68 J. (Treptow i. M.) 27. Barkassenführer A. H. J. Thiel, 58 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

...er so ungeheuren und unerhörten Steuerpolitik die ...e Masse des Volkes, also die minderbemittelte Volks..., am meisten und fühlbarsten bluten muß.

Kleine Anfragen im Reichstage.

Im Reichstage sind nachstehende Anfragen eingelau... Abg. Dr. Heckscher fragt: Ist der Herr Reichskanzler ...r Lage, Auskunft zu erteilen, ob in nächster Zeit auf Zustandekommen der internationalen Organisation der ...losen Zeitsignale gerechnet werden darf? Mir genügt ...schriftliche Erklärung.

Die Herren Dr. Bassermann und Freiherr v. Richt... fragen an: Ist die Meldung richtig, daß die deutsche ...rung bei den deutsch-englisch-türkischen Verhandlungen ...Koweit und die Endstrecke der Bagdadbahn für immer ...eutsche Beteiligung an der Schiffahrt auf dem Tigris ...htet habe? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen ...ort.

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.

Einer Korrespondenz zufolge hat jetzt der Bundesrat die ...sätze für die Schöffen und Geschworene auf 5 Mk. fest... Die Kosten, die dem preußischen Staat durch die neuen ...tzungen entstehen dürften, sind auf etwa eine Million ... pro Jahr zu berechnen. Ein Entwurf über die ...egelung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen ...m Bundesrat zugegangen und dürfte nach dessen Be...fassung dem Reichstage voraussichtlich im Herbst ...legt werden. In diesem Entwurf ist eine Erhöhung ...ebühren für Sachverständige im Durchschnitt um 50 ... vorgesehen, und auch die Sätze für den Aufwand ...Nachtquartiere haben in den Vorschlägen des Ent... eine Steigerung erfahren.

...ichstagsabgeordneter Graf Kanitz gestorben.

Am Montag ist der konservative Reichstagsabgeordnete ... von Kanitz nach kurzer Krankheit gestorben. ... ist geboren am 17. April 1841 in Mednicken in ...ußen. Er gehörte schon dem norddeutschen Reichs...in den Jahren 1868 bis 1870 an. Mitglied des ...en Reichstags war er ununterbrochen seit 1889. ...dem preußischen Abgeordnetenhause gehörte der Ver...e seit 1886 an. Graf Kanitz hat ursprünglich die ...atskarriere eingeschlagen und war Landrat des ...s Sprottau. Später widmete er sich ausschließlich ...Politik und er war eine der markantesten Er...ungen der konservativen Partei. Agrarier vom ...el bis zur Sohle, gab er sich wenigstens die Mühe, ...rarischen Forderungen aus den wirtschaftlichen Not...zkeiten heraus zu begründen. Er begründete auch ...orderung auf Einführung eines staatlich garantierten ...deprejses. Der Antrag Kanitz, der diese Forderung ... wurde Mitte der neunziger Jahre im Reichstag ..., aber abgelehnt. Aus dieser Zeit stammt auch das „Ohne Kanitz keine Kähne". Damit sollte gesagt ...aß, wenn die Regierung die Forderung der Agrarier ...bewilligt, diese auch die Forderung für die Flotte ...en würden. Kanitz gehörte auch zu den Agrariern, ...i der Vertretung ihrer Interessen der Regierung ...der Kückgrat zeigten. Bei aller Rücksichtslosigkeit ...r Verstorbene doch in der Form als Parlamentarier ...ant und genoß im Reichstage großes Ansehen.

...raf v. Kanitz vertrat im Reichstag den 2. Wahlkreis ...Regierungsbezirkes Gumbinnen Ragnit-Pillkallen. ...urde mit 10 032 konservativen Stimmen gewählt. ...tionalliberale Kandidat erhielt 6216, der Gen. Hofer ...Stimmen. Der Wahlkreis ist demzufolge eine sichere ...rative Domäne.

Zu den Reichstags-Ersatzwahlen.

...n Wahlkreis Dresden-Neustadt hat die ...ritische Volkspartei am Sonntag ihren früheren ...eten Rechtsanwalt Klöppel wieder aufgestellt. ...rigen Parteien sind noch auf der Kandidatensuche. ...aktionärer Seite ist versucht worden, ein Bündnis ...ntlichen bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. ...versuche sind endgültig gescheitert, da — so meldet ...Berliner Tageblatt" — ernsthaften liberalen Kandi...nicht zugemutet werden kann, bei einer solchen poli...Harlekinade mitzutun.

...r die Reichstagsersatzwahl in Weilheim hat ...Vertrauensmännerversammlung des Bayerischen ...bundes den Landtagsabgeordneten Bürgermeister ...berger als Kandidaten aufgestellt.

Landtagsersatzwahl in Lippe-Detmold.

...stelle eines verstorbenen fortschrittlichen Abge...n fand am Sonnabend Nachwahl zum Lippischen ...tag statt. Genosse Kronhage erhielt ...der fortschrittliche Regierungsrat 767 und der Konser...Brand 351 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen ... Genossen und dem Fortschrittler statt. Hoffentlich ... es, die wenigen zur absoluten Mehrheit fehlen...stimmen in der Stichwahl noch herauszuholen.

Die deutschen Interessen in Kleinasien.

...ch die bürgerliche Presse lief die Nachricht, die ...e Regierung habe England gegenüber auf jede ...ung an der Tigris-Schiffahrt verzichtet. — Die ...elliberalen haben nun die folgende Kleine An... an den Reichskanzler gerichtet:

„Ist die Meldung richtig, daß die deutsche Regierung ... deutsch-englisch-türkischen Verhandlungen über ... und die Endstrecke der Bagdadbahn für immer auf ...eutsche Beteiligung an der Schiffahrt auf dem ... verzichtet habe? Wir begnügen uns mit einer ...lichen Antwort."

...ch ehe die Regierung Gelegenheit gehabt hat, ... zu antworten, meldet ein Telegraphenbureau, es ...on amtlicher Seite erfahren, daß die Meldungen ...en Verzicht der Türkischen nicht entsprechen.

Ausland.

...e Verfassungsfrage. Man schreibt aus Pe...burg: Vor einigen Tagen ging durch die bürger...Presse die auch von uns erwähnte sensationelle ...ung, der ...ische sozialdemokratische Abgeordnete ...ein Reichsdumamitglied, Ohsol, und der lettische sozial...

...Polizeispitzel entlarvt worden. Es ist begreiflich, daß diese Nachricht in Anbetracht der traurigen russischen Wirklichkeit einiges Aufsehen erregte. Zum Glück stellt sich aber heraus, daß an dieser Sensation kein Wort wahr ist. In der Angelegenheit Ohsol erklärt im Petersburger Arbeiterblatt „Lutsch" der sozialdemokratische Deputierte G. D. Tschenkeli, daß der sozialdemokratischen Dumafraktion nichts Ehrenrühriges über Ohsol bekannt sei. Niemand von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Dumafraktion zweifle an der politischen Ehrlichkeit des Genossen Ohsol. Die sensationellen Berichte der lettischen Reaktionspresse seien demnach in bezug auf Iwan Ohsol ebenso unbegründet, wie sie es in bezug auf Genossen Janson sind. Genosse Janson ist einer der Pioniere der lettischen Arbeiterbewegung und einer der angesehensten Vertreter der lettischen Sozialdemokratie. Die feile lettische Reaktionspresse wird durch ihre giftigen Verleumdungen das feste Vertrauen der lettischen organisierten Arbeiterschaft zu ihren leitenden Genossen nicht erschüttert haben. Die baltischen Barone, die die Niederdrückung der lettischen und esthnischen demokratischen Bestrebungen und speziell die Ausrottung der baltischen Arbeiterbewegung als ihre vornehmste „Kultur"aufgabe betrachten, haben schon vor sechs Jahren einen ernsten Versuch gemacht, Ohsol — der damals als Mitglied der zweiten Duma sehr populär war — zu verleumden. Diesen edlen Auftrag übertrugen sie ihrem Berliner Wortführer, Prof. Theodor Schiemann — selbst ein baltischer Junker —, der in seinem Buch über die lettische Revolution die Behauptung aufstellt, Ohsol hätte Parteigelder verschleudert. Genosse Ohsol hielt es unter seiner Würde, das Geschreibsel der kurischen Barone ernst zu nehmen und darauf öffentlich zu reagieren.

Balkan.

Kommt es zu einem neuen Kriege? Diese Frage ist gegenwärtig brennend geworden. Leider muß sie auf Grund amtlicher Meldungen jetzt bejaht werden, da der Kampf zwischen Serbien, Griechen und Bulgaren bereits ausgebrochen ist.

Eine serbische Depesche aus Uesküb, 30. Juni, meldet amtlich: Die Bulgaren führten heute nacht einen Ueberfall auf die serbischen Truppen in der Richtung von Istip aus. In den ersten Morgenstunden erfolgte ein Angriff auf Retka und Zleiowo. Der Kampf dauert an. Außerdem griffen die Bulgaren die Serben bei Walendowa an, was von serbischer Seite als ein Beweis angesehen wird, daß Bulgarien ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen hat.

Das amtliche Pressebureau in Athen veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: Die bulgarische Armee begann einen allgemeinen Angriff gegen die griechischen und serbischen Streitkräfte. In der durch die Serben besetzten Region überschritt sie die durch das Protokoll festgesetzte Grenzlinie und rückte gegen Metzikowo, Bogadantza und Gewgeli vor. In der Annahme, daß Gewgeli von Bulgaren besetzt sei, überschritt die bulgarische Armee die gleichfalls in dem griechisch-bulgarischen Protokoll festgesetzte Grenze bei dem Pangäon-Gebirge und marschierte auf Elefterai. Die in Elefterai stationierte griechische Kompagnie wurde abgeschnitten. Eine griechische Abteilung im Tale von Musteni wurde angegriffen. Diese zog sich auf Tzesso zurück. Von der Kompagnie in Elefterai liegen keine anderen Nachrichten vor, als daß gestern abend um 6 Uhr 50 Min. 20 Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben wurden. Heute früh um 4 Uhr wurde nördlich von Bogadantza auf dem linken Ufer des Wardar Geschützfeuer vernommen. Drei bulgarische Regimenter aus Doriane griffen auf dem linken Ufer des Wardar bei Metzikowo die serbischen Vorposten an. Die bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer des Wardar befindlichen Befestigungen. Um 5 Uhr früh wurde ein griechischer Vorposten, der 12 Kilometer von Karasniti entfernt in der Nähe von Kilindra stand, angegriffen. Um 7¾ Uhr morgens griff ein bulgarisches Bataillon die griechischen Vorposten bei Nigrita an. Um 8½ Uhr rückten die Bulgaren gegen den Bogolitza-See vor.

Demgegenüber wird aus Sofia gemeldet, daß die Serben auf der Wardar-Linie die Angreifer seien.

Wer angegriffen hat, ist ziemlich gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß der Krieg unter den früheren Verbündeten ausgebrochen ist. Und das ist bedauerlich genug, da nun wiederum Menschenleben geopfert werden. Hoffentlich gelingt es im letzten Moment doch noch, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Hand in Hand mit den Kriegsnachrichten gehen natürlich auch wieder die Siegesmeldungen, von denen man aber, wenn sie nicht direkt verbürgt, besser keine Notiz nimmt.

Die Polizei in Saloniki verhaftete einen Bulgaren, der ein Fläschchen mit Cholerabazillen bei sich trug, um die Stadt zu verseuchen. Der Anschlag hat eine tiefgehende Erregung hervorgerufen.

Verseuchung durch Bazillen! Das wäre allerdings der Höhepunkt zivilisierter Kriegsführung! Doch vom Standpunkt des Militarismus ist auch dies Mittel berechtigt, weil zweckdienlich, ebenso berechtigt wie die Granaten, Schrapnells und andere „humane" Geschosse.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 1. Juli.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Ein alter Parteigenosse, der 58jährige Tapezier Kurt Bannier, ist gestern nachmittag freiwillig aus dem Leben geschieden. Bannier war selbständiger Meister, konnte aber in den letzten Jahren immer weniger Kundschaft finden. Doch war nicht anzunehmen, daß er Nahrungssorgen hatte. Jetzt fand er nur den Tod. Er war jedoch nicht in der ihm die Pistole in die Hand gedrückt haben. Bannier war in Leipzig geboren und ist nach langen Wanderfahrten nach Lübeck gekommen, wo er sich vor 23 Jahren verheiratete. Er hinterläßt eine kränkliche Witwe. Der Partei hat er in der Kleinarbeit manchen Dienst erwiesen, auch schon während der Zeit des Sozialistengesetzes. Sein tragisches Ende ist darum beklagenswert.

Die Abonnentenversicherung, die auch in Lübeck das einzige Abonnentenlockmittel zweier bürgerlicher Blätter ist, beschäftigte wieder einmal eine Konferenz. Darüber wird gemeldet: Im Februar d. J. ist im Reichstage über eine Denkschrift des Reichsamtes des Innern verhandelt worden, die sich auf die Abonnentenversicherung gewisser Zeitungen bezog. Im Reichstage wandten sich das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen diese Einrichtung. Es hat nun vor einigen Tagen im Reichsamt des Innern eine Konferenz über die Frage der Abonnentenversicherung stattgefunden, in der Ministerialdirektor Caspar den Vorsitz führte. Aus dem Teilnehmerverzeichnis ergibt sich, daß zwar Vertreter von Versicherungsbehörden, von Versicherungsbanken, die sich mit der Abonnentenversicherung abgeben, von Zentrumszeitungen und der Verleger der bekannten Zeitschrift „Nach Feierabend" teilnahmen, jedoch kein Vertreter der Arbeiterpresse. Vermutlich ist keiner eingeladen worden. — Die Verhandlungen zeigten, daß sich in der Haltung der katholischen Presse eine Änderung vollzogen hat. Es wurde nur mitgeteilt, daß man in einer jüngst abgehaltenen Versammlung des Augustinusvereins zu der Überzeugung gekommen sei, daß bei der Ausbreitung, die die Abonnentnversicherung gefunden habe, eine Verschließung dagegen nicht mehr zweckmäßig sei. (Es ist anzunehmen, daß eine gewisse Angst vor der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge an dieser Änderung ihren Anteil hat.) Die Aussprache ergab, daß die verbündeten Regierungen eine Novelle zum Versicherungsgesetz einbringen dürften, durch die die Abonnentenversicherung allgemein der Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt wird. Man kann gewiß sein, daß das Zentrum dann im Reichstage nicht mehr gegen die Abonnentenversicherung auftreten wird, sondern wahrscheinlich erklärt, durch die Unterstellung unter die amtliche Aufsicht werde Mißbräuchen der Riegel vorgeschoben. — Eine nette Episode trug sich am Schlusse der Konferenz zu: Es war von einem Vertreter der Nürnberger Lebensversicherungsbank behauptet worden, daß die Versicherungsgesellschaften bei der Abonnentenversicherung wenig Seide spinnen. Daraufhin erklärte der Inhaber einer infolge der Abonnentenversicherung stark verbreiteten Zeitschrift, daß die Nürnberger Anstalt im letzten Jahre an ihm allein 180 000 Mark verdient habe. — Daraus können diejenigen Arbeiter, die noch immer glauben, durch die Abonnentenversicherung sich etwas Gutes zu tun, sehen, wem sie dadurch nützen!

Die Aufgaben der Pfadfinder. Dieser Tage fand hier in Lübeck das 23. Bundesfest des norddeutschen Jünglings- und Männerbundes statt. Diese Tatsache würde die Arbeiterschaft sehr wenig interessieren, wenn nicht auf diesem Fest auch über die Aufgaben der sogenannten Pfadfinder Ausführungen gemacht worden wären, die geeignet sind, den Charakter dieser bürgerlichen Jugendbewegung ins rechte Licht zu setzen. Es wird da in dem Bericht gesagt:

„In das Programm der Vereine ist die Pflege von Pfadfinderabteilungen aufgenommen worden. Da es sich bei dieser Sache nicht nur um Körperkultur handelt, vielmehr um Erziehung und Stärkung des Willens zur Dienstbereitschaft aller Art, zur Anspruchslosigkeit, zum Gehorsam und zur Disziplin, zur Findigkeit und dergleichen, wurden zwei Pfadfinder-Führerkurse veranstaltet.

Danach ist die Aufgabe dieser Pfadfinder die Erziehung zur Knechtseligkeit, die natürlich nur im Interesse des Ausbeutertums liegt. Kein Arbeiter sollte deshalb dulden, daß seine Kinder einer solchen Gesellschaft angehören.

b. **Schöffengericht** am 1. Juli. Unüberwindliche Abneigung gegen den Schulbesuch zeigte der 10jährige Knabe des Arbeiters D. In zwei Monaten kam das Bürschchen 16mal überhaupt nicht in die katholische Schule und viermal lief er davon. Die angewandten Mittel des Vaters blieben erfolglos; einigemal trieb sich der Knabe auch die Nächte herum und wurde von der Polizei aufgegriffen. Der Vater sollte 5 Mk. Strafe bezahlen, gegen die er sich wehrt. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt. Das Früchtchen soll sich dem Gericht selbst mal vorstellen. — Geschenkt oder gestohlen? Um den rechtmäßigen Besitz einiger Bettlaken stritten sich zwei Frauen. Die eine reklamiert sie für sich, während die andere mit fixem Zungenschlag behauptet, die Linnen, deren eines in Stücken vorliegt, vom katholischen Frauenverein und andern Damen bekommen zu haben. Frau F. findet mit ihren Angaben keinen Glauben; sie wird antragsgemäß zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Eine Plätterin verstieß gegen diese Schutzbestimmung und muß deshalb 5 Mark Strafe bezahlen. — Der Liebhaber ohne Geld! Ein junger Tapeziergehilfe Sch. lernte am Museum ein Mädchen kennen, mit dem er sofort einen Ausflug nach Israelsdorf unternahm. Geld hatte der Mann nicht in der Tasche, weshalb er die neue Bekanntschaft um 2 Mk. anpumpte. Die Ausgaben übertrafen bei weitem diesen Betrag. Abends bemerkte das Fräulein, daß ihr 8,40 Mk. aus dem Geldbeutel gestohlen worden waren. Der Dieb entpuppte sich in dem Begleiter, der für den Mißbrauch der Güte 2 Wochen Gefängnis erhielt. — Fünf Pfennig täglich will der Musiker H. in der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle verdient haben. Trotzdem hielt er ein halbes Jahr aus und lebte von wohltätigen Vereinen. Er wurde einmal mit Einkassieren beauftragt, mit den gesammelten 48 Mk. verließ er dann Lübeck. Das brachte ihn wegen Unterschlagung auf die Anklagebank. Er wird zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Die Mutter zeugt gegen die Tochter, deren uneheliches Kind sie in Pflege hat. Da der Vater im Zuchthaus saß, konnte er nicht für Alimente aufkommen; in einem solchen Falle muß die Mutter sorgen. Die Armenanstalt zahlte monatlich 12 Mk. und wollte einen Teil des Geldes wieder von der Arbeiterin H. haben. Da diese oft die Stellung wechselte und vielfach knappen Verdienst hatte, konnte sie der Forderung nicht nachkommen. Es wurde ihr aufgetragen, einen Dienst anzutreten; darauf gab sie zur Antwort, sie sei alt genug und wisse selbst, was sie zu tun habe. Gegen eine 14tägige Haftstrafe legte das Mädchen Berufung ein. Von der Mutter wird es als durchaus arbeitsscheu und herumtreiberisch bezeichnet; sie kümmere sich um das Kind überhaupt nicht. Die Strafe wird auf 8 Tage ermäßigt. — Vom Viehhandel. Um 785 Mk. soll der Händler M. aus Buchholz den Stockelsdorfer Händler B. betrogen haben. Er erhandelte von ihm drei Starken und ließ sie von seinem Treiber verladen, ohne sie zu bezahlen. Dem B. versprach er, das Geld anderen Tages zu schicken, es sei ihm wegen zu großem Einkauf ausgegangen. Mit dem Weiterverkauf will der Angeklagte Pech gehabt und in acht Tagen 4 [illegible] Mark verloren haben, da der Marktverkauf durch die herrschende Seuche im vorigen Jahre stark erschwert war. Auf

das Geld wartet der Stockelsdorfer Händler heute noch, wie eine Anzahl Kollegen, die im Privatklagewege zu ihrem Rechte kommen wollen. Das Geschäft des Angeklagten ging mittlerweile auf dessen Frau über, auch stellte sich heraus, daß er vor Jahren in Harburg den Offenbarungseid geleistet hat. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Absicht des Betrugs frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. Der Kausalzusammenhang fehlte, der Angeklagte habe schon öfters Kreditgeschäfte mit B. gemacht. Es sei auch nicht festzustellen, ob der Angeklagte in absehbarer Zeit nicht in der Lage gewesen wäre, dem Versprechen nachzukommen.

b. **Gewerbegericht** am 30. Juni. Anstellung auf unbestimmte Zeit. In der Fischräucherei J. P. B. in Schlutup war seit dem vorigen Jahr der Mariniermeister Sch. mit 40 Mark Wochenlohn angestellt. Beim Stellungsantritt soll ihm gesagt worden sein, daß im Sommer ein Mariniermeister überflüssig sei, und im Laufe des Winters erwähnte der Räuchereibesitzer, so lange etwas zu tun sei, könne Schr. bleiben. Am 1. April wurde ihm auf den folgenden Ersten gekündigt. Doch lief das Arbeitsverhältnis bis zum 1. Juni weiter. Der Mariniermeister verlangt jedoch dreimonatige Kündigung und Ersatz für den fehlenden Monat im Betrage von 166,66 Mark. Auf des Vorsitzenden Belehrung hin, man müsse ohne besondere Vereinbarung über die Kündigung doch wenigstens sagen, wie lange das Arbeitsverhältnis dauern soll und dürfe nicht einfach sagen; so nun ist es zu Ende, willigt der Beklagte in einen Vergleich von zwei Dritteln der geforderten Summe. Bis zum 14. Juli steht dem abwesenden Kläger ein Widerruf zu den Gerichtsakten zu. — Wie Unternehmer am Pfennig kleben. Dem Ziegeleiarbeiter W. wurde, wie er angibt, auf der Vorwerker Ziegelei schwere Arbeit zugemutet, als er zu leisten imstande war. Auf Vorhalt bekam W. die Antwort, er solle nur bleiben, andere Arbeit würde ihm zugewiesen. Eines Tages soll W. die einem andern geäußerte Drohung wahr gemacht haben, daß er in den Sack hauen werde. Er verlangte sofort die Papiere, die ihm ausgehändigt wurden, doch war keine Arbeitsbescheinigung darunter. Holen konnte er sie nicht, da ihm beim Wiederbetreten des Platzes mit der Polizei gedroht wurde. Neben den ihm zustehenden 3 Arbeitstagen verlangt W. noch 14 Tage Lohn wegen kündigungsloser Entlassung. Mit dieser letzten Forderung wars von vornherein Essig, dagegen wurde ihm die erste, an der sich der Unternehmer schadlos halten wollte, zugesprochen. Da Tage- und Akkordlohn in Frage kam, würde die Forderung 12,75 Mark ausmachen. Im Vergleichswege wollte der Ziegeleibesitzer H. auf Vorschlag 12 Mark bezahlen, womit sich auch der Kläger einverstanden erklärte. Jetzt verlangte H. noch 92 Pfg. für Versicherungsgeld und weigerte sich entschieden auf den Vorschlag des Gerichts einzugehen, es bei der runden Summe zu belassen. Daraufhin wurde der Vergleich auf 12,75 vom Vorsitzenden festgestellt, so daß dem Kläger 11,83 zukommen. Bis ein auf dem grünen Tuch liegendes Markstück zerkleinert war, damit der Arbeiter ja nicht 17 Pfg. zu viel bekommt — das Wechseln machte etwas Schwierigkeiten — konnte sich der arme Teufel an den ihm zustehenden Silberlingen ergötzen, denen der andere mit Schmerzen Valet sagte. Die Arbeitsbescheinigung wurde an Gerichtsstelle ausgehändigt. Ein zweiter Kläger aus demselben Betrieb mußte mit diesem Papier allein abziehen, denn seine Forderung für 14 Tage war verwirkt, weil er von selbst die Arbeit an den Nagel hängte und sich bei der Abkehr mit den Versicherungspapieren und dem Geld einverstanden erklärte. Nach seinen heutigen schüchternen Angaben wollte er zwar nur das Krankenkassenbuch gefordert haben. — Eigenartige Zumutungen am Kellner nach der Arbeitszeit bestehen in verschiedenen Betrieben. Es wird von ihnen in den späten Nachtstunden noch verlangt, beim Gläserputzen behilflich zu sein. Einem Kellner, der erst wenige Tage in Lübeck war und zur Aushilfe bei P. einen Tag servierte, wurden von dem festgesetzten 3-Mark-Lohn 50 Pfg. abgezogen, weil er sich diese Arbeit auszuführen weigerte. Ihm sei bei der Vermittlung von dieser Pflicht nichts mitgeteilt worden. Während ein Zeuge vom Deutschen Kellnerbund das nachträgliche Abwaschen für ebenso selbstverständlich hält wie das Decken vorher, führt der Vertreter des Kellners eine Reihe Restaurationen an, bei denen eine solche Forderung nicht erhoben werde, es sei denn, daß man diese Arbeit besonders vergüte. Bei P. dauere das Nachwaschen manchmal 1½—2 Stunden; hätte der Kläger an dieser Beschäftigung noch teilgenommen, würde er den Weg nach Lübeck in später Nacht zu Fuß zurückzulegen gezwungen worden sein. Der Beklagte betonte, daß es sich nur um das Abwaschen der Bier- und Likörgläser gehandelt habe, das in einer halben Stunde beendet gewesen sei und für das er ohne besondere Vereinbarung eine Vergütung gegeben habe. Es werde immer schwärzer dargestellt als es in Wirklichkeit sei. Dem Kellner sei diese Pflichtleistung unbedingt zu Gehör gekommen. Am andern Tag könne man nicht so viel Leute auftreiben, um die Arbeit zu bewältigen! Das Gericht sieht im vorliegenden Fall Extraarbeit an. Die regelmäßige Kellnerarbeit höre mit dem Bedienen der Gäste auf. Allerdings sei sie bei ausdrücklicher Vereinbarung zu leisten. Daß der Vermittler dem Kellner davon Kenntnis gegeben habe, werde hier nicht behauptet, bewiesen könne dem Kellner auch nicht werden, daß er um diese Arbeit gewußt habe. Damit sei nicht gesagt, in andern Fällen könnten sich die Kellner weigern, die Arbeit zu verrichten. Um derartige Streitigkeiten zu vermeiden, müßte auf dem Vermittlungszettel ein Vermerk stehen. Der Beklagte wurde zur vollen Zahlung der 3 Mark verurteilt und hat außerdem 1 Mark Kosten zu zahlen.

pb. **Ein empfindlicher Verlust.** Am 30. v. Mts. hat ein hier auf Urlaub befindlicher Unteroffizier, wahrscheinlich in der Straßenbahn, ein schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend rund 54 Mk., einen Urlaubsschein und einen Gepäckschein verloren. Der Verlierer benutzte die Straßenbahn von Kücknitz nach Israelsdorf und stieg gleich auf Linie 7 nach dem Bahnhof um. Bis heute ist das Portemonnaie von dem Finder weder im Fundbureau des Polizeiamts, noch an den Verlierer abgegeben.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Kiel. Ein hungernder Bürgermeister. Vor der Strafkammer in Kiel stand am Montag der frühere Bürgermeister Rhode von Bad Bramstedt in Holstein. Er war angeklagt, in mehreren Fällen amtliche und private Gelder im Gesamtbetrage von 43 000 Mk. in den Jahren 1910/13 unterschlagen zu haben. Der geständige Angeklagte gab an, daß er aus drückendster Not gehandelt habe. Sein Gehalt betrug 1500 Mk.; dazu kamen 1500 Mk. Dienstaufwendungsentschädigung, die aber nicht ausreichten, um Bureauniete und Hilfskräfte zu bezahlen. Die einträglichen Nebenämter übte sein Vorgänger aus. Weil er mit seiner Frau und fünf Kindern von trockenem Brot und Kartoffeln und in einer ungeheizten Wohnung leben mußte, fing er Unterschlagungen an. Um die entwendeten Summen wieder zu decken, ließ er sich durch die Vermittlung des Hamburger Bankiers Dr. Becker mit den anvertrauten Geldern ins Börsenspiel ein. Mit dem erzielten Gewinn von 40 000 Mk. verschwand aber der saubere Makler. Als die Entdeckung drohte (der Bankier Becker hatte sich erschossen), flüchtete Rhode nach Argentinien, kehrte aber im Mai zurück und stellte sich dem Gericht. Die Gehälter in Bramstedt sind unerhört niedrig — 400, 800 und 1400 Mk. In einem Falle erhöhte die Aufsichtsbehörde das Gehalt zwangsweise auf 1400 Mk. Dabei ist die Einwohnerschaft steuerkräftig genug. Ein Polizeisergeant gab seine Stellung auf, weil er nicht hungern oder Schulden machen wollte. Alle Bitten der Beamten um Gehaltszulage wurden abgelehnt. Durch die Veruntreuungen Rhodes sind hauptsächlich geschädigt der Mergelverband in Bramstedt und die Holstenbank in Neumünster. Dem Angeklagten standen glänzende Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung. Bei Übernahme des Bürgermeisteramts in Bramstedt wurden ihm Nebenämter in Aussicht gestellt, die etwa 2000 Mk. einbringen sollten. Der reich gewordene Vorgänger wußte aber ihm den Weg abzusperren. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Gefängnis. — An diesem Prozeß ist unzweifelhaft das Merkwürdigste, daß eine wohlhabende Gemeinde ihre Beamten so miserabel bezahlt, daß selbst der Bürgermeister sich wie der ärmste Proletarier nur von Brot und Kartoffeln nähren konnte. Das zeigt die Wertschätzung, die das steuerkräftige Bürgertum solcher kleiner Rentnerstädtchen der geistigen Arbeit entgegenbringt. Welches Geschrei würde die bürgerliche Presse erheben, wenn dergleichen in einer Gemeinde mit sozialistischer Verwaltung vorgekommen wäre.

Kiel. Großfeuer in Elmschenhagen. Montag vormittag ist das Ziegelwerk II Elmschenhagen des Herrn A. C. Hansen in Wellingdorf bis auf den Grund abgebrannt. Neun Schuppen wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 120 000 Mk. geschätzt. Das Feuer entstand gegen 9 Uhr und nahm, da es in dem trockenen Holze reichlich Nahrung fand, eine sehr große Ausdehnung an. Von den gesamten Bauten ist nur das Wohnhaus erhalten geblieben. Der Eisenbahnzug mußte auf offener Strecke halten, damit erst die Fenster der Wagen geschlossen würden, weil sonst die Passagiere wegen des dichten Qualms in die Gefahr des Erstickens gekommen wären. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden.

Neumünster. Die Tat eines Geisteskranken. Der in Boostedt bei Neumünster wohnende 20jährige Landmann Rudolf Stäcker machte Freitag den Versuch, seine Mutter und seine Schwester mit dem Beil zu erschlagen. Es gelang diesen jedoch, zum Amtsvorsteher zu flüchten. Darauf zündete Stäcker den von den dreien bewohnten landwirtschaftlichen Besitz an. Dieser wurde vollständig zerstört. Nur einige Schweine konnten gerettet werden. Als Amtsvorsteher Fehrs auf der Brandstätte erschien, wurde er von Stäcker tätlich angegriffen. Der Brandstifter wurde darauf verhaftet und dem hiesigen Zentralgefängnis zugeführt. Das Gewese gehört einem Bruder, der in Marienburg seiner Militärpflicht genügt. Stäcker scheint die Tat im Zustande geistiger Umnachtung begangen zu haben.

Geestemünde. Drei Personen ertrunken. Ein furchtbares Bootsunglück hat sich am Freitag auf der Weser bei Hammelwarden ereignet. Vier Personen hatten eine Bootspartie unternommen, wobei das Boot kenterte, so daß alle vier ins Wasser stürzten. Lloyddampfer „Hecht", der in einiger Entfernung die Unfallstelle passierte, eilte sofort zur Rettung der Verunglückten herbei, doch gelang es ihm leider nur, eine Person zu retten, während die übrigen drei ihren Tod in den Fluten fanden. Nähere Einzelheiten über das Unglück sind uns nicht bekannt.

Bremen. Der Parteitag des Bezirks „Nordwest" fand am Sonntag, 29. Juni, im Parteihause in Bremen statt. Der Bezirksvorstand, die Wahlkreise Bremen, 6., 17., 18. und 19. hannoverscher Wahlkreis waren durch 59 Delegierte vertreten. Der Vorsitzende, Genosse Rhein, gab an Hand des gedruckten Berichts ein Bild von der Entwicklung des Bezirks. 1912 wurden bei der Reichstagswahl für die sozialdemokratische Partei im Bezirk 82 921 Stimmen abgegeben, was gegen 1907 einen Gewinn von 19 827 Stimmen bedeutet. Die Mitgliederzahl der Organisationen stieg seit dem letzten Bezirksparteitage im Jahre 1911 um 8495 und beträgt jetzt 33 566. Die Kassenverhältnisse entwickelten sich ebenfalls günstig, nur der 6. Kreis erfordert noch einen Zuschuß. Durch Annahme eines Antrages wurde der Vorstand ermächtigt, je nach Bedarf Frauenkonferenzen einzuberufen. Die Zahl der organisierten Genossinnen stieg von 3077 auf 6048. Genosse Max Peters aus Berlin hielt einen instruktiven Vortrag über die Jugendbewegung. Die lebhafte Diskussion bewies, daß der proletarischen Jugendbewegung noch mehr als bisher Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Bildungsbestrebungen leiden, wie Genosse Störzer betonte, ebenfalls an den ungenügenden Mitteln, die den kleineren Organisationen für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Der Bezirksvorstand hatte beantragt, eine wöchentlich erscheinende Zeitung für die Landbevölkerung herauszugeben. Der Abonnementspreis sollte pro Quartal 50 Pfg. betragen und der Bezirk das Defizit tragen. Der Antrag wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, durch den Bezirk den Ortsvereinen einheitliches Verwaltungsmaterial zuzustellen. Der Beitrag der Organisationen an den Bezirk wurde bei 5 Proz. belassen, wodurch der Bezirk jährlich etwa 7000 Mk. Einnahme hat. Zum Vororte wurde wieder Bremen, zum Vorsitzenden der Genosse Rhein gewählt. Der Vorstand wurde erweitert: der Vorort wählt drei, die Vorstände der übrigen Wahlkreise je ein Mitglied, der Sekretär erhält Sitz und Stimme, sodaß der Vorstand neun Mitglieder zählt, worunter eine Genossin sein muß. In einer Resolution protestierte der Parteitag gegen das Schreckensurteil des Erfurter Militärgerichts, das gegen sieben Arbeiter wegen eines Wirtshausstreites gelegentlich der Kontrollversammlung ausgesprochen wurde.

Bremen. Aus der bremischen Bürgerschaft. Die bremische Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung wieder einige Beweise ihres Liberalismus gegeben. Nicht nur, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Erweiterung des Sommerurlaubs für Staatsarbeiter abgelehnt wurde, es wurde auch der sozialdemokratische Antrag niedergestimmt, daß bei den Bürgerschaftswahlen die in den Wählerlisten verzeichneten Wähler von der Aufnahme in die Wählerliste durch Postkarten zu benachrichtigen sind. In einer Reihe weniger „liberaler" Gemeinden besteht diese Einrichtung bekanntlich schon seit langer Zeit. — Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, in den bremischen Staatsschulen die Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht zu befreien. Nur ein Teil der Fortschrittler stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, eine Zahl Fortschrittler stimmte ausdrücklich dagegen, während sich noch andere der Stimme enthielten.

Theater und Musik.

Sommertheater in den Stadthallen. „Filmzauber", Operette in 4 Bildern von Rudolf Bernauer und Schanzer; Musik von Kollo und Bredschneider. Mit der Aufführung des „Filmzauber", den man nach seinen musikalischen und sonstigen Qualitäten besser als Posse denn als Operette bezeichnen kann, scheint die Leitung unserer Sommerbühne der Geschmacksrichtung weitester Kreise des Publikums entsprochen zu haben. Das Theater war dicht gefüllt und die Erschienenen amüsierten sich aufs beste. Der lustige Unsinn, der mit Berliner Schnoddrigkeiten und Kalauern gewürzt ist, bietet für einige Stunden fröhliche Unterhaltung, wenn man keine höheren geistigen Ansprüche stellt, sondern sich einmal über ulkige Situationen und komische Szenen recht auslachen will. Dazu kommt, daß die nun einmal in einer modernen Operette resp. Posse unentbehrlichen exzentrischen Tänze auch einen wichtigen Bestandteil des „Filmzau- bilden und jedem Schlager angegliedert sind. Von dem halt des Opus wollen wir so gut wie nichts verraten; es selbstverständlich viel geliebt und schließlich „kriegen" sich einige Paare. Auch ein nationaler sächsischer Reichs abgeordneter trägt nicht unwesentlich zum Vergnügen s Mitmenschen bei. Der Clou des Ganzen ist jedoch die toppaufführung von „Napoleon und die Müllerstochter" der sogenannten historischen Mühle in Knötteritz. Die ist so wirkungsvoll gemacht, daß Heiterkeitsstürme das durchbrausten. Unter der Regie Heydeckers wurde „Filmzauber" ganz famos gespielt. An der Spitze aller wirkenden stand natürlich Heydecker selbst, der als F dichter Adalbert Musenfett alle Minen seines nie versiegen Humors, seiner dezenten und gerade darum so treffsich Komik springen ließ. Auch tanzen konnte er fein. Eine liebte und ausgelassene Berliner Range voller Schelm streiche, dabei auch gesanglich sehr annehmbar, war Fräu Klerwien als Geheimratstochter Fränze. Für die heiterung des Publikums sorgten durch hübsche Darbietun die Damen Pestel (als Tugendboldin Eufemia Br sprecher), Dora Kaps (Wanda Hämmerschmidt), Ba (Filmprimadonna Marie Gestikulata) und Reicha (Frau Käsebier) sowie die Herren Bögel (Reichstagsab ordneter Käsebier), Wallis (Klemzinski), Göbel (Die bei Musenfett) und Weymann (Max Rademacher). einem graziös und geschmeidig getanzten französischen Wa errangen die Solotänzerinnen Eulenberg und Lima sich stürmischen Beifall. Die Hauptschlager, an denen „Filmzauber" nicht arm ist, wurden durchweg da capo gehrt. Nach dem Erfolg der gestrigen Aufführung ist w mit Sicherheit anzunehmen, daß auch in Lübeck wie andere der „Filmzauber" eine große Anziehungskraft auf das Pu kum ausüben wird.

P. L.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. Juni 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

15. Juni. Kutscher R. O. Pfeiffer. 17. Vizefeldwe W. F. H. Voht. 18. Zimmermann O. C. Hardt. 19. richtsvollzieher C. F. F. Ch. Angerstein. Schlossergeselle F. W. Schlieben. 20. Redakteur M. A. F. W. Knie. Schm W. F. K. Baumann. Schmied A. F. K. Zirzow. 21. Bureaugeh F. H. Duden. 22. Tischlergeselle W. H. F. Niemann. Serge P. Wanzenberg. Arbeiter P. C. H. Heittmann. 23. Bahnarbei F. E. W. Steen. Kesselschmied K. H. A. F. D. Web Bankier A. Frank. 24. Kaufmann J. P. Schröder. 26. Bäc W. F. H. Buchin. 28. Brauer M. Biendl.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

14. Juni. Arbeiter J. O. H. Schröder. 17. Gerich sekretär L. Schall. 18. Zimmermann W. J. F. Dren Schlosser O. J. W. Bruhn. 19. Schriftsetzer G. A. Müll Zimmergeselle W. H. A. A. Hering. Gastwirt F. J. Hinz. 20. Kaufmann J. P. Christiansen. Arbeiter F. Utesch. Graveur G. A. F. Widlöf. 21. Arbeiter H. J. Wegener. Handlungsgehilfe Th. E. A. Oldörp. Feuerwe mann H. F. F. Stamer. Maurer J. D. H. Bollo 22. Arbeiter H. A. A. Sindt. 23. Hafenarbeiter H. L. K. Hahn. Schuhmachergeselle C. J. D. Hansen. 26. Arbeit H. A. Th. Böck. Arbeiter H. R. E. Römer.

Angeordnete Aufgebote.

23. Juni: Konditorgehilfe M. K. K. Hill und Chr. K. Neubert. Arbeiter Th. M. F. J. Puls und E. D. H. Gewohn. Postillon E. W. K. F. Koch und E. L. A. O mann. Fabrikant W. A. Georgius und E. J. A. Brand Arbeiter F. H. Chr. Voss und M. E. H. A. Ott in Ne Horst. Straßenbahn-Wagenführer J. H. F. Röther und A. W. Stürtzel in Groß-Gustkow. Elektromonteur K. Hauschild und E. M. A. W. Witt in Selmsdorf. Maschini J. H. F. Koop und E. J. Wink, beide in Rotterdam. Tie bau-Techniker F. E. P. Dettmer in Brunsbüttelkoog und H. M. L. Scharnweber in Hollenbek. 24. Arbeiter A. J. Bockholt und B. A. F. S. Podein in Grabow i. M. Öbe schweizer K. F. Haase in Bilsen und A. J. Krüger in Schö böcken. Arbeiter F. J. F. Flägel und A. S. M. E. Peters 25. Bureaugehilfe F. K. E. Dittmer und J. Th. Bockhagen Klempnergeselle F. F. H. Wiencke und L. B. M. Beck. Ar beiter H. H. L. Möller und St. Baranska genannt Kubia Bohrer R. E. W. Dettmann und E. B. M. Ratzeburg Schlosser G. A. D. Mirow und E. M. Schmahl, beide i Hamburg. Zimmerpolier E. L. F. J. Schoof un H. W. L. Barez geb. Davidzen in Altona 26. Bäcker G. F. J. Burmester und M. A. D. Hanschmann Arbeiter F. J. H. M. Geissler und M. M. K. Gatermann Lokomotivheizer R. K. E. Kibbel und E. E. B. M. Har nack. Schriftsetzer J. F. G. Meier und A. M. D. Schwa broh. Arbeiter J. K. H. G. Zander und M. K. A. H. A Melchert. 27. Eisenbahn-Diätar J. F. A. Pohlmann und H. M. K. Brockmüller. Tischlergeselle H. H. W. Könnpag und M. J. W. Weitendorff. Handlungsgehilfe K. H. J. H Schomann und J. M. M. Holst. 28. Arbeiter J. H. Chr. Loof und J. L. Ch. Peters geb. Kohl. Buchhalter J L. Hoberg in Husum und F. L. Lahrtz. Arbeiter H. Chr. K. Döscher und G. Krajewski, beide in Padelügge.

Eheschließungen.

23. Juni: Kaufmann W. Goldschmidt in Hamburg und J. Wigdorowitsch. 24. Friseur E. Lüdemann und E. A. Dannenberg. 25. Schiffsoffizier H. Basse in Altona-Ottensen und E. A. M. K. Freyholz. 26. Photograph O. R. Riess und E. A. Schwien. 27. Kaufmann W. F. K. Wienke in Odessa und M. A. Chr. Million. 28. Unteroffizier H. A. F. Fritzemeier und M. H. Hamel. Arbeiter F. J. H. W. Riss in Herrnburg und D. Chr. M. Gildemeister. Kutscher Chr. W. H. Fick und R. J. M. Wachs.

Sterbefälle.

21. Tischlermeister F. H. D. Nehls, 68 J. Zigarrenfabrikant J. H. W. Behrens, 76 J. D. M. E. geb. Mirow, Ehefrau des Privatmannes J. F. F. Haack, 60 J. 22. C. E. geb. Käping, Witwe des Kiepenmachers J. C. Wittfoht, 53 J. J. A. M. Bössow, 1 J. M. A. W. geb. Leiwart, Ehefrau des Modelltischlers F. F. Rudel, 42 J. A. J. Kern, 9 Mt. 23. M. S. E. geb. Haack, Ehefrau des Privatmannes J. H. Morgenstern, 55 J. 24. A. W. C. geb. Broders, Witwe des Schiffszimmermanns H. W. J. Klatt, 84 J. C. E. F. Goll, 1 J. Gärtner H. H. Meier, 87 J. M. F. geb. Kock, Ehefrau des Redakteurs F. O. Bachmann, 42 J. C. C. M. Möller, 46 J. (Mori). Arbeiter K. A. Eggert, 57 J. 25. A. A. E. Sagges, 92 J. M. E. M. Mielbrett, 3 J. 26. A. S. K. Barkenthin, 3 Mt. Kornmakler D. F. Th. Wulff, 78 J. E. Chr. J. geb. Dühring, Witwe des Parkwächters H. J. Steffen, 79 J. O. F. K. Focklenbrock, 1 J. 26. R. K. E. Baustian, 9 J. Privatmann J. W. E. L. Hasse, 42 J. Arbeiter K. J. F. Schott, 18 J. (Kücknitz). C. M. L. geb. Harder, Witwe des Molkereipächters A. Meyen, 63 J. (Treptow i. M.) 27. Barkassenführer A. H. J. Thiel, 58 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer-Rüh. Sämtlich in Lübeck.

Marke „Goliath“.

l. geschützt unter Nr. 100 899.

Vorzüge:
ppelte Haltbarkeit,
sserdicht, gleitfrei.

Alleinvertrieb
in den

auhreparatur-Werkstätten
wartauer Allee 4
ünfhausen 7
Burgstraße 38.

Unübertroffen wäscht
Ragoda
Einzig in seiner Art.
D. R. G. M. 415136.
Überall zu haben.
Weiße Wäsche ohne Chlor und Soda.

Einführung bis Ende 1914
n Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neu-
Teelöffel usw., 10 Pfd. 1 Paar
olinger Messer u. Gabel od.
neusilb. Eßlöffel usw. (220
mann & Wille, Wittenberge.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verschrobenes Volk von A. Größsch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Eilt! Eilt!

Hannoversche Lotterie
bar Geld mit 90 Proz.
Ziehung am 4. u. 5. Juli
(schon diese Woche.)
Hauptgewinne i. W.:
50 000 Mark
20 000 Mark
10 000 Mark
5×1000 Mark
Preis des Loses 3 Mk. Porto und Liste auswärts 30 Pfennig extra.
Hermann Kersten
Lotteriegeschäft (4955
Lübeck, obere Hüxstr. 8. F. 1009.
Wandsbek, Hamburger Str. 33.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer ꝛc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft Fischergr. 52. (184

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer usw. vom Lagerhaus und Transporteur Schützenstr. 27. **C. Haferbier.**

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

---

erdigungsinstitut Gebr. Müter
sprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
s Lager in Särgen, Grabsteinen, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
inkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Geschäfts-Uebernahme.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am 1. Juli d. Js. das

Gasthaus „Stadt Wasa“
Untertrave 68

von Herrn Stapelfeldt übernommen habe und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

5127) Hochachtungsvoll **K. Bahr.**

Achtung Maler!

Unsere am Mittwoch, d. 2. Juli, stattzufindende Versammlung **fällt aus.**
5130) **Der Vorstand.**

Krempelsdorfer Landkrug
Paul Lindenberg
Krempelsdorfer Allee 22.
Bringe mein Lokal allen Bekannten und werten Gästen gefälligst in Erinnerung.
5123) D. O.

Der Detailverkauf 5124

von zurückgesetzten emaillierten Waren und solchen zweiter Wahl

in unserm Lagerhaus **Schwartauer Allee 107** findet für die Folge werktäglich von **Montag bis Freitag** in den Stunden von **3½ bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends** wie bisher von **9½ bis 12 Uhr morgens** statt.

Stanz- und Emaillierwerke,
vormals Carl Thiel & Söhne, Aktien-Gesellschaft.

Nur im Biophon.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Die Sensation der Sensationen!

Menschen und Masken.

Kriminal-Roman in 4 Akten.

Noch nie ist ein Bild auf der Leinwand erschienen, welches diesem an Spannung und packendem Inhalt gleichkommt. Ein Sittendrama im wahrsten Sinne des Wortes. Baron Stein, das Haupt der Apachenvereinigung „Die Spinne“, läßt nichts unversucht, um der irdischen Gerechtigkeit zu entgehen. Eine Attraktion jagt die andere, wie: die Sprengung eines riesigen Berges, der Zusammenstoß zweier Lokomotiven, der Sprung aus der Hochbahn, auf dem Verdeck eines dahinsausenden Automobils und vieles andere mehr.

Die Gruppe des Glücks.

Lebensroman einer Probiermamsell in 2 Akten.

Außerdem das große Programm.

Beachten Sie bitte die Ausstellung der Szenenbilder im Vestibul des Theaters.

5122) **H. A. Beuthien.**

Konzerthaus Fünfhausen. 5148
Mittwoch und Freitag: Tanzkränzchen.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für Holstentor-Nord
am Donnerstag, 3. Juli 1913
abends 8½ Uhr
in der „Flora“.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat.
2. Die Volksfürsorge.
Referent: Aufsichtsratsmitglied J. Stelling.
3. Genossenschaftliches.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet
5146) **Der Vorstand.**

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Welt-teilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Geschäfts-Uebernahme.

Dem geehrten Publikum sowie meinen Freunden u. Gönnern teile hierdurch mit, daß ich die (5126

Gastwirtschaft Grosse Burgstr. 27

mit dem heutigen Tage übernommen habe. Bitte um freundliche Einkehr.

Hochachtungsvoll
Karl Wessel.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 2. Juli.
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilungen des Vorstandes.
3. Abschluß des Tarif-Vertrages mit dem Wirte-Verein.
4. Bericht vom Kartell u. Gewerkschaftshaus.
5. Verschiedenes.

Es ist erforderlich, daß alle Kollegen erscheinen.
5108) **Der Vorstand.**

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 2. Juli
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Bericht von den Tarifverhandlungen.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Regelung des Unterstützungswesens.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
5129) **Der Zweigvereinsvorstand.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 2. Juli:
Der große Operettenschlager
FILMZAUBER.
Vorgestern hier mit durchschlagendem Erfolg bei ausverkauftem Hause gegeben. Fast jede Nummer wurde stürmisch da capo verlangt und bejubelt.
Donnerstag, den 3. Juli:
Die versunkene Glocke.
5129) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 151. Dienstag, den 1. Juli 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 30. Juni 1913.

173. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Kühn, Heeringen.

Das Haus ist sehr stark besetzt.

Die Abänderung des Militärstrafgesetzbuches.

Der fortschrittliche Antrag, der bei den Verbrechen des militärischen Aufruhrs, der Meuterei usw. mildernde Umstände zulassen und dann Gefängnisstrafe verhängen will, wird zugunsten eines Kompromißantrages aller großen Parteien zurückgezogen, wonach bei diesen Delikten in minderschweren Fällen die Strafe bis auf 6 Monate bezw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann.

Dieser Antrag wird in der ersten Lesung ohne Debatte angenommen. In der zweiten Lesung erklärt

Reichskanzler Dr. v. Beethmann-Hollweg: Ich kann aus natürlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen. Für meine Person erkenne ich es an, daß es wünschenswert ist, für eine Anzahl militärischer Delikte mildernde Umstände zuzulassen. (Bravo!) Ich werde deshalb, falls der gestellte Antrag vom Reichstag angenommen wird, im Bundesrat für ihn eintreten. (Bravo!)

In zweiter Lesung wird der Antrag gegen wenige Konservative, darunter die Abgg. v. Böhlendorff-Kölpin und Kreth, angenommen. (Beifall.)

Bassermann (NL.) beantragt, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Vizepräsident Paasche: Das kann nur ausnahmsweise geschehen und das Präsidium läßt eine solche Ausnahme ungern eintreten. Da sich aber kein Widerspruch erhebt, beginnen wir mit der dritten Lesung.

Haase (SD.): Wir sehen in diesem Antrag nur einen kleinen Anfang zu der dringend notwendigen allgemeinen Reform des Militärstrafgesetzbuches. Unsere Wünsche gehen viel weiter, namentlich auch in bezug auf diese Paragraphen. Aber wir stimmen dem Antrag zu, in dem festen Entschluß, eine sofortige Besserung eintreten zu lassen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wir rechnen auch darauf, daß der Gerichtsherr, dem die Untersuchung des Erfurter Urteils zusteht, es in einer solchen Weise prüfen wird, daß die Wohltaten des vorliegenden Gesetzentwurfes den Verurteilten sofort zugute kommen. (Lebh. Beifall bei den Soz. und anderen Parteien.)

v. Brockhausen (K.): Wir haben mehrfach anerkannt, daß eine Abänderung des Militärstrafgesetzes gerechtfertigt wäre, auch bei diesem Paragraphen. Wir müssen aber Verwahrung dagegen einlegen, daß die Beratung der Wehrvorlage dazu benutzt wird, Zugeständnisse von einer Tragweite zu erlangen, die noch nicht zu übersehen sind. Wir protestieren auch dagegen, daß solche gesetzgeberischen Maßnahmen vom Reichstage derartig übers Knie gebrochen werden. (Sehr wahr! rechts; Widerspruch links.) Da aber hier eine sachliche Berechtigung vorliegt, werden meine politischen Freunde in ihrer Mehrheit für den Gesetzentwurf stimmen, ohne sich aber für die Zukunft irgendwie zu präjudizieren. (Beifall rechts.)

Schultz-Bromberg (Rp.) bedauert, daß mit diesem Antrag ein Zwang auf die Regierung geübt werde, weshalb ihn die Reichspartei auch nicht habe unterschreiben können.

Dr. Spahn (Z.): Nicht um einen Zwang auf die Regierung handelt es sich hier, sondern um die Erfüllung sehr alter Wünsche des Reichstags. Es muß auf diesem Gebiet endlich etwas geschehen! (Lebh. Zust. im Zentr. und links.)

Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung fast einstimmig, gegen wenige Konservative, angenommen. Die Abstimmung dieser paar Konservativen erregt den lebhaften Unwillen der großen Mehrheit des Hauses, der sich in zahlreichen Zurufen äußert.

Der damit angenommene Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut: „Als § 110a des Militärstrafgesetzbuches wird folgende Vorschrift eingefügt: „§ 110a: Liegt in den Fällen der §§ 100, 107, 108, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in Fällen der §§ 100, 101 und 108 bis auf 6 Monate, in den Fällen der §§ 100, 102, 107 und 110 bis auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden. Im Abs. 2 des § 109 wird das Wort „zwei" durch „einem" ersetzt."

Die dritte Lesung der Militärvorlage.

In der dritten Lesung verlangt niemand das Wort.

Der Antrag Bassermann (NL.) auf Wiederherstellung der in der zweiten Lesung auf die Hälfte reduzierten Regierungsforderung, 6 neue Kavallerieregimenter zu bewilligen, wird unter allgemeiner Unruhe mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. (Lebh. Beifall und vereinzeltes Händeklatschen bei diesen Parteien.)

In der Gesamtabstimmung wird die Militärvorlage auf Mehreinstellung von 136 000 Mann pro Jahr in das stehende Jahr gegen die Sozialdemokraten, Elsässer und Polen angenommen. (Lebh. Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Nachtragsetat, der infolge der Militärvorlage nötig geworden ist, wird ohne Debatte von den gleichen Parteien angenommen.

Die dritte Lesung der Deckungsvorlagen.

In der Generaldebatte gibt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion

Haase (SD.) folgende Erklärung ab: „Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue ungeheuerliche und völlig unbegründete Steigerung der Heeresrüstung beschlossen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, unser Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Kulturvölkern zu sichern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nachdrücklich haben wir betont und wiederholen es in dieser Stunde: die fortgesetzten Rüstungstreibereien steigern das Mißtrauen zwischen Völkern, stören die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkrieges herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des werktätigen Volkes aller Länder. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine stete Bedrohung der Freiheit im Innern. (Wiederholte Zust. bei den Soz.) Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren, schwere Mißstände dieses Systems zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Wehrvorlage ist Gesetz. So stehen wir nur noch vor der Frage: wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungslasten nicht den Besitzlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir im vollen Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich auch mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März d. J. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt:

„Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finaziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden."

Von diesem Grundsatz ausgehend, stimmen wir gegen das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden. Denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten und der Kriegsschatz erhöht, eine politisch und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stimmen ferner gegen die Änderung des Reichsstempelgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird. (Zust. bei den Soz.) Die Gesetze über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir vergeblich gekämpft haben. Trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Erbschaftssteuer. (Sehr wahr! bei den Soz. — Hört, hört! rechts.) Zu unserer Genugtuung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rückständigen Wahlgesetzen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Rüstungssteigerung wiederum den minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Um zu verhindern, daß an ihre Stelle andere, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimung zu geben. (Sehr richtig! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Dabei gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreibereien zu kühlen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Weitere Wortmeldungen zur Generaldebatte liegen nicht vor.

Zur Spezialberatung liegt zum § 3 des Zuwachssteuergesetzes ein Kompromißantrag Bassermann-Erzberger-Fischbeck vor, der die darin vorgesehenen Steuerfreiheiten für kleinere Grundstücke nicht eintreten lassen will, wenn der Veräußerer oder sein Ehegatte den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt.

Haase (SD.): Wir werden dem Antrag zustimmen, der einer von mir gegebenen Anregung aus der zweiten Lesung entspricht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Kompromißantrag Bassermann-Erzberger-Gothein will den aus der Besteuerung der Erbschaften aufkommenden Rohertrag zu vier Fünftel dem Reich und zu ein Fünftel den Einzelstaaten zuweisen.

Graf Westarp (K.): Wir stimmen gegen den Antrag, der den Bundesstaaten weitere 60 Millionen entzieht.

Erzberger (Z.): Der Antrag ändert garnichts. Bisher verblieb den Bundesstaaten von einer geringeren Erbschaftssteuer 25 Prozent und nun sollen sie von einer höheren Erbschaftssteuer, durch die sie keinerlei Mehrarbeit haben, 20 Prozent bekommen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die Gesamtabstimmung wird ausgesetzt.

Es folgt die dritte Lesung des Besitzsteuergesetzes.

Graf Westarp (K.): Wir hätten gewünscht, diese Steuer mit der Mehrheit beschließen zu können, und daß es möglich gewesen wäre, den 1909 entfachten Parteistreit endgültig zu erledigen. (Sehr wahr! rechts.) Aber es gibt Grenzen, über die wir grundsätzlich nicht hinausgehen können. Wir haben gegen dieses Gesetz verfassungsmäßige und staatsrechtliche Bedenken ernstester Art. Es enthält eine Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer. (Sehr wahr! links.) Damit greift es in die Finanzen der Einzelstaaten zu sehr ein und macht es ihnen unmöglich, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. (Sehr wahr! rechts. — Lachen links.) Der Regierungsvorlage selbst würden wir zugestimmt haben, aber die Kommissionsbeschlüsse gegen weit darüber hinaus, sie gestatten den Einzelstaaten nicht mehr, die Kosten entsprechend ihrer Eigenart und geschichtlichen Entwicklung aufzubringen. Die direkte Reichserbschafts-, Vermögens- und Einkommensteuer rührt an die verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches. (Sehr wahr! rechts. Htkt. links.) Der Triumph der Sozialdemokratie über dieses Gesetzes zeigt, daß es sozialdemokratischen Geistes ist. (Gr. Htkt. links.) Wir machen diesen Anfang auf dem Weg zum demokratisch regierten Einheitsstat nicht mit. (Zust. rechts. Htkt. links.) Aber auch der Festlegung der Steuerpflicht der Bundesfürsten können wir nicht zustimmen und ebenso der Besteuerung der Ersparnisse, Meliorationen und des Kindeserbes. Den Vorwurf, daß wir bei dem nationalen Werk nicht bis zum Ende mitgetan hätten, weise ich zurück. Wir wollten die Regierungsvorlage bewilligen, die bei fester und geschickter Vertretung auch durchzusetzen gewesen wäre. (Htkt. links. Zust. rechts.) Wir waren bereit, alles zu bewilligen (Zuruf b. d. Soz.: Aber nicht aus Ihren Taschen!), aber der jetzigen Vorlage können wir nicht zustimmen. (Bravo! rechts. Htkt. links.)

Bassermann (NL.) beantragt namentliche Abstimmung über das Besitzsteuergesetz.

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Meine Großmutter hatte nur zu recht geurteilt — meine Schwester war irrsinnig, und seit jenem Tage hat sie nie wieder mit uns gegessen. Sie rührt nichts an, was man ihr vorstellt, und lebt stets allein . . . sie flieht uns alle und nährt sich von alten Resten, die sie sich selbst zusammensucht, wenn niemand in der Küche ist. Manchmal stürzt sie sich auch auf das Federvieh, tötet ein Tier, zerreißt es mit den Fingern und verschlingt es blutig. Das hat sie auch eben erst wieder getan, dessen bin ich sicher, denn sie hat Blut an den Händen und im Taschentuch. Ein andermal reißt sie das Gemüse im Garten auf und ißt es roh — kurz, sie lebt wie eine Wilde und jagt allen Menschen Furcht ein. Das sind die Folgen einer unglücklichen Liebe, und meine armen Eltern sind nur zu hart bestraft, weil sie das Herz ihrer Tochter zu schlecht beurteilt. Doch sie sprechen nie davon, was sie tun würden, wenn sie das Ganze noch einmal durchmachen müßten."

Marcella glaubte, Rosa wollte damit eine Anspielung auf sich selbst machen, und da sie gern gewußt hätte, wie weit sie die Liebe des Müllers Ludwig teile, ermutigte sie ihr Vertrauen durch liebevolle gütige Worte. Sie waren an dem entgegengesetzten Saume des Wäldchens angekommen, als wo die Irre auf und ab ging. Marcella fühlte sich wieder wohler, und der kleine Eduard hatte sein Entsetzen schon vergessen. Er sprang wieder mutwillig umher, beobachtet von den Augen seiner Mutter.

„Ihre Mutter kommt mir in der Tat ein wenig allzu streng vor", sagte die Baronin zu ihrer Begleiterin. „Ihr Vater aber scheint größere Nachsicht zu üben."

„Papa schlägt weniger Lärm als Mama", sagte Rosa kopfschüttelnd. „Er ist heiterer und schmeichelt mehr, er verschenkt mehr und hat mehr liebenswürdige Aufmerksamkeiten — kurz, er liebt seine Kinder sehr. Er ist ein guter Vater . . . aber hinsichtlich des Vermögens und der Konvenienz ist sein Wille vielleicht noch unerschütterlicher als der meiner Mutter. Mehr denn hundertmal habe ich ihn sagen hören, es sei besser, tot zu sein, als arm und elend, und er würde mich eher töten, als einwilligen . . . . ."

„Sie nach Ihrem Willen zu verheiraten?" fragte Marcella, als sie sah, daß Rosa keine Worte zu finden vermochte, um ihren Gedanken Ausdruck zu geben.

„O . . . . nein, so sagt er nicht", erwiderte Rosa ein wenig verschämt. „Ich habe nie ans Heiraten gedacht und weiß noch nicht, ob mein Wille nicht auch der seinige sein würde. Aber er ist sehr ehrgeizig auf mich und quält sich jetzt schon mit der Furcht, nicht einen Schwiegersohn zu finden, der seiner würdig wäre. Deshalb wird er mich auch nicht so bald verheiraten, und es ist mir auch ganz lieb, denn ich wünsche unsere Familie gar nicht zu verlassen — trotz der kleinen Widerwärtigkeiten, die ich von seiten meiner Mutter erdulden muß."

Marcella glaubte eine kleine Verheimlichung bei Rosa zu bemerken, und da sie ihr ihre vertraulichen Mitteilungen nicht mit Gewalt entreißen wollte, machte sie die Bemerkung, Rosa sei ohne Zweifel selbst sehr ehrgeizig.

„O . . . . durchaus nicht!" antwortete Rosa gelassen. „Ich bin reicher, als es nötig wäre — ich sehne mich nicht danach, noch reicher zu sein. Mag mein Vater noch so oft sagen, wir seien fünf Kinder (ich habe zwei verheiratete Schwestern und einen Bruder) und das Vermögen eines jeden sei folglich nicht mehr so groß — es ist mir völlig gleichgültig. Mir gefällt das Einfache, und übrigens sehe ich an dem, was sich bei uns zuträgt, nur zu deutlich, daß man um so ärmer ist, je größere Reichtümer man besitzt."

„Wieso denn?"

„Bei uns Landleuten wenigstens ist es die Wahrheit. Sie vom Adel machen sich im allgemeinen eine Ehre aus Ihrem Vermögen. Man beschuldigt Sie sogar bei uns, es zu verschwenden, und wenn man den Ruin so vieler alter Familien betrachtet, sagt man sich, man werde klüger sein, und man trachtet mit Sorgfalt, wie soll ich sagen? . . . . mit Leidenschaft, sein Geschlecht fest auf den Reichtum zu gründen. Das, was man besitzt, möchte man stets verdoppeln und verdreifachen — das haben mir wenigstens mein Vater, meine Mutter, meine Schwestern und ihre Männer, meine Tanten und Cousinen in allen Tonarten vorgepredigt, so lange ich auf der Welt bin. So legt man sich Entbehrungen aller Art auf, um nicht in der Arbeit des Sichbereicherns stehen zu bleiben. Vor den Augen anderer macht man hin und wieder Ausgaben, und im verborgenen des Haushaltes knauert man an allen Ecken und Enden. Man fürchtet, Möbel zu verderben und zuviel für Bequemlichkeit auszugeben. Wenigstens ist dies die Art und Weise meiner Mutter, und es ist doch ein wenig hart, sein Leben lang zu sparen und sich jeden Genuß zu versagen, wenn man ihn sich sehr wohl erlauben darf. Und wenn man an dem Wohlbefinden, dem Lohn und Appetit anderer sparen muß, wenn man hart sein muß gegen die Leute, die für uns arbeiten — da verliert man wirklich alle Lust . . . . Ich, wenn ich meiner soweit Herr wäre, würde weder den anderen noch mir selbst etwas entziehen. Ich würde mein Einkommen verzehren, und vielleicht würde das Vermögen dabei keinen Schaden leiden. Denn man würde mich lieben und mit Eifer und Treue für mich arbeiten. Sagte dies Ludwig nicht beim Essen? . . . . Er hatte recht."

„Liebe Rosa, er hatte recht — in der Theorie."

„In der Theorie?"

„Das heißt, indem er seine hochherzigen Ideen auf eine Gesellschaft anwandte, die noch nicht existiert, die aber gewiß eines Tages sein wird. Was die gegenwärtige Anwendung anbetrifft, das heißt, was sich heute verwirklichen läßt, so würden Sie sich Traumbildern hingeben, wenn Sie dächten, es genüge, daß inmitten aller anderen, die schlecht sind, einige gut seien, um schon in diesem Leben verstanden, geliebt und belohnt zu werden."

„Was Sie da sagen, setzt mich in Erstaunen. Ich glaubte, Sie dächten wie ich. Sie meinen also, man hat recht, die zu zermalmen, die für unseren Vorteil arbeiten?"

„Ich denke nicht wie Sie, Rosa, und doch bin ich weit davon entfernt, zu denken, wie Sie vermuten. Ich möchte, daß man niemand für sich arbeiten ließe, sondern daß jeder für alle arbeitet — daß jeder für Gott arbeite und folglich für sich selbst."

„Und wie könnte das geschehen?"

„Es würde zu weit führen, mein Kind, es Ihnen zu erklären, und ich würde fürchten, mich meiner Sache schlecht zu entledigen. Während ich warte, bis die Zukunft, die ich mir ausdenke, sich verwirklicht, betrachte ich es als ein großes Unglück, reich zu sein, und ich für meine Person fühle mich sehr erleichert, es nicht mehr zu sein."

„Das ist sonderbar", sagte Rosa. „Der Reiche kann doch denen Gutes tun, die es nicht sind . . . . und das ist das größte Glück!"

„Eine einzige Person mit noch so guten Absichten kann so wenig Gutes tun, selbst wenn sie alles hingibt, was sie besitzt . . . und ist dann so schnell zur Ohnmacht verdammt . . .!"

„Aber wenn es jeder so machte?"

„Ja, wenn jeder! Das ist es ja eben, was fehlt. Aber es ist heute unmöglich, alle Reichen zu einem solchen Opfer zu bewegen. Sie selbst, Rosa, würden nicht geneigt sein, es ganz zu tun. Sie möchten mit Ihrem Einkommen soviel Leid wie möglich lindern, das heißt einige Familien aus dem Elend retten. Allein es würde stets nur unter der Bedingung geschehen, Ihr Vermögen nicht anzugreifen, und ich, die ich Ihnen vorpredige, klammere mich an die letzten Trümmer meines Vermögens, um das zu retten, was man die Ehre meines Sohnes nennt, indem ich ihm die Mittel erhalte, die Schulden seines Vaters zu begleichen, ohne ihn selbst ins tiefste Elend sinken zu lassen, das den Mangel jeglicher Erziehung, übermäßige Arbeit und wahrscheinlich den Tod eines

Schultz (RP.) schiebt der Regierung die Verantwortung zu für die Gestaltung der Deckung, jedoch werde seine Partei samt dem Abg. v. Heyl für die Deckungsvorlage stimmen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Einzelberatung begründet

Ledebour (SD.) einen Antrag, wonach alljährlich bei der Feststellung des Etats bestimmt werden soll, welcher Prozentsatz der Besitzsteuer in den betreffenden Jahren erhoben werden soll. (Quotisierung.) Das deutsche Reichssteuersystem enthielt bis jetzt in der Hauptsache nur indirekte Steuern, die ein für allemal in ihrem Vertrag festgesetzt sind und auf deren Höhe, wenn sie einmal beschlossen sind, das einzelne Steuerjahr keinen Einfluß haben kann. Um aber wenigstens in gewissem Sinn die Steuern dem jährlichen Bedürfnis anpassen zu können, sind die Matrikularbeiträge eingeführt worden. (In der großen Unruhe des Hauses ist der Redner schwer verständlich.) Jetzt, wo wir direkte Reichssteuern einführen, ist es dringend notwendig, daß dem Mangel abgeholfen wird, den unser Steuersystem bis jetzt zeigte, und daß der Reichstag in die Lage kommt, jährlich den Betrag der zu erhebenden Steuer festzusetzen. Nun wird man gegen unser Verlangen vielleicht einwenden, daß eine Vermögenssteuer nicht so leicht variabel gemacht werden kann wie eine Einkommensteuer. Wir würden ja eine Reichseinkommensteuer der nun vorgeschlagenen Reichsbesitzsteuer vorziehen, aber all diesen Bedenken hat Graf Westarp von vornherein die Spitze abgeschossen, indem er zweimal erklärt hat, daß dieses Gesetz die Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer enthalte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Damit hat Graf Westarp auch das Bedenken entkräftet, daß eine reine Vermögenssteuer nur schwer oder gar nicht variabel gemacht werden könnte. (Hitt. b. d. Soz.) Wenn Graf Westarp fortfährt, die sich vollziehende Entwicklung so anzuerkennen, so kann er dem deutschen Volk in seiner weiteren parlamentarischen Karriere vielleicht noch ganz gute Dienste leisten (Hitt.), und das erkennen wir immer gern an, von welcher Seite es auch geschehen möge. Wir sind auch jederzeit bereit, die Bundesgenossenschaft anderer Parteien anzunehmen, wenn es sich um Fortschritte handelt. Also, Graf Westarp selbst hat die Hinfälligkeit des Haupteinwandes gegen unseren Antrag angetan und ich hoffe, daß deshalb unser Antrag vom Hause angenommen werden wird. (Beif. b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Kühn bittet den Antrag aus prinzipiellen und praktischen Gründen abzulehnen. Zurzeit sei auch kaum die Möglichkeit gegeben, die Frage der Quotisierung aufzurollen.

Fischbeck (VP.): Ihrer ganzen Natur nach läßt sich die Besteuerung der Erbschaften nicht beweglich gestalten.

Ledebour (SD.): Für unseren Antrag müßten alle Parteien eintreten, denen es mit den Etatsrechten des Reichstags ernst ist. Früher haben sich auch Zentrum und Nationalliberale im Sinne unseres Antrags ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Einkommensteuer quotisiert werden kann, dann kann es auch die Erbschaftssteuer.

Es folgt die dritte Lesung des § 43, dem als Absatz 2 in der zweiten Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten die Bestimmung hinzugefügt worden war, daß der Bundesrat die Behörden bestimmt, die für die Veranlagung der Bundesfürsten zur Besitzsteuer zuständig sind.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich kann nur die bereits wiederholt abgegebene Erklärung der verbündeten Regierungen wiederholen und den Reichstag dringend bitten, den Absatz 2 des § 43 im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes abzulehnen. (Unruhe bei den Soz.)

Junck (NL.): Wir werden den Absatz ablehnen, weil wir nicht wollen, daß auch nur ein Teil dieses nationalen Werkes an dieser Frage scheitert. Durch unsere Abstimmung bringen wir aber nicht zum Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nach dem geltenden Reichsrecht der Besteuerung nicht unterliegen. Die meinus überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist vielmehr gerade entgegengesetzter Ansicht, überläßt die Entscheidung dieser Frage aber der Anwendung des Gesetzes. (Lachen bei den Soz.) Bei dieser Gelegenheit stellen wir fest, daß sich eine etwaige Steuerfreiheit zu beschränken hat auf die Person des Landesherrn und der Landesherrin. Gegen die Steuerpflicht der anderen Mitglieder fürstlicher Häuser sind staatsrechtliche Bedenken nicht mehr erhoben worden.

Eine Resolution Herzog (WVg.) ersucht die verbündeten Regierungen, ein Gesetz einzubringen, durch das die Steuerpflicht der Fürsten geregelt wird.

Behrens (WVg.) bittet diese Resolution anzunehmen.

Haase (SD.): Was wir bisher erlebt haben, ist ein kleiner Umfall gegenüber dem Stirnrunzeln der Regierung. (Sehr wahr! links.) Wie das Gesetz angewendet werden wird, können wir uns ja denken, denn die Regierung verneint ja die Steuerpflicht der Fürsten. Daher muß der Reichstag den verbündeten Regierungen den Zwang auferlegen, im Sinne seiner Mehrheitsbeschlüsse das Gesetz anzuwenden. (Sehr gut! links.) Die große Mehrheit des Reichstags ist der Ansicht, daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht. Würde der Abs. 2 des § 43 abgelehnt werden, so würde trotz aller Erklärungen draußen der Eindruck erweckt werden, als ob der Reichstag eine solche Steuerpflicht nicht anerkennt. (Sehr richtig! links.) Dieser Eindruck aber wäre ein falscher. Gerade nach der Erklärung des Reichskanzlers ist es die Pflicht des Reichstags, hier einen Riegel vorzuschieben. Tun wir das nicht, so können sich Staatsrechtslehrer in Zukunft darauf berufen, daß der Reichstag niemals im Sinne der Steuerpflicht entschieden habe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seien Sie daher konsequent und halten Sie am Beschluß zweiter Lesung fest. (Beifall links.)

Dr. David (SD.): Wenn die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung angenomen würde, würde der Reichstag erklären, daß bis zum Zustandekommen des darin verlangten Gesetzes eine Steuerpflicht der Fürsten nicht besteht. Die Resolution ist also kein geeigneter Ausweg aus der jetzigen Situation. Daran, daß durch die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung das Gesetz gefährdet würde, glaubt doch hier im Hause kein Mensch. (Sehr richtig! links.) Meinen Sie, daß es die Regierung vor dem Lande wagen würde, dieses Gesetz zurückzuziehen, nur weil die Steuerpflicht der Bundesfürsten darin steht? (Sehr gut! links.) Das ist politisch einfach nicht möglich. Der Reichstag hat die ganze Macht in dieser Frage in der Hand, und deshalb hat er auch die ganze Verantwortung. (Lebh. Zust. links.)

In namentlicher Abstimmung wird der Absatz 2 des § 43 mit 195 gegen 169 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gestrichen. Die Resolution Herzog wird gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Die Änderung des Reichsstempelgesetzes wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen die Gesamtabstimmungen. Der Wehrbeitrag wird gegen die Stimmen der Polen angenommen. Die Änderungen im Finanzwesen (Aufrechterhaltung der Zuckersteuer usw.) werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Das Besitzsteuergesetz wird mit 280 gegen 63 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen angenommen. In der Minderheit stimmt die Rechte, die Stimmenthaltungen stammen aus dem Zentrum. Die Änderung des Reichsstempelgesetzes wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.)

Präsident Kämpf: Wir stehen am Schluß eines Sitzungsabschnitts, der in der Geschichte des Reichstags als einer der denkwürdigsten bezeichnet werden wird. Nicht nur die Dauer von 7 Monaten habe ich dabei im Auge, sondern die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Reichstag zu überwinden hatte. Wenn ein Ausweg gefunden worden ist, so ist das dem festen Willen des Reichstags zu verdanken, in einer seiner selbst würdigen und vor der Kritik der Geschichte standhaltenden Weise die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.) Groß waren die Anforderungen, die an die Arbeitskraft der Reichstagsmitglieder im allgemeinen und der Budgetkommissionsmitglieder mit ihrem bewährten Vorsitzenden an der Spitze gestellt wurden. (Beifall.) Der Reichstag ist den gestellten Anforderungen gerecht geworden und zwar mit einer planvollen Initiative bei der Ausgestaltung der ihm vorgelegten Gesetze, wie kaum je zuvor. Wir können heute das Gefühl der erfüllten Pflicht haben, das uns vollen Ersatz bietet für die hinter uns liegenden Sorgen und Aufregungen. Die Opfer, die gebracht werden müssen, sind schwerer als je zuvor. Möge der Abschluß des großen Werkes in der gesamten Nation das Gefühl der Sicherheit und Ruhe stärken, das für die gedeihliche Entwicklung des Reiches unentbehrlich ist, und möge es dazu beitragen, uns und der Welt den Frieden zu bewahren, den das gesamte Deutschland ehrlich will. (Beifall.)

Bassermann (NL.) dankt dem Präsidenten für die umsichtige und gerechte Leitung und Präsident Kämpf überträgt den Dank auf die Vizepräsidenten, Schriftführer, Quästoren und alle Reichstagsbeamte. (Bravo!) Er erbittet und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzustellen.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Lassen Sie auch mich die Ueberzeugung aussprechen, daß dank der gemeinsamen Arbeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags ein großes Werk getan ist. Es wird gewiß keiner unter uns sein, der an dem großen Werk nicht manches anders wünschte, und mancher im Lande wird Mängel und Härten darin sehen, wie die neuen Lasten verteilt worden sind. Aber trotz aller Mängel im einzelnen wird das Ganze der Nation zum Heile dienen. Die großen Opfer werden getragen für die höchsten Güter der Nation, für den Frieden und die Ehre des Landes. Mit der Betätigung des festen Entschlusses, für die Sicherheit des Reiches Gut und Blut herzugeben, können wir hellen Blickes und mit gestärkter Zuversicht auf Frieden und — wenn es sein müßte — auf siegreiche Abwehr in die Zukunft sehen. (Bravo!) Das Bewußtsein hiervon, möge jetzt nach langer und aufopfernder Arbeit die Herren in ihre Heimat geleiten. (Bravo!)

Der Reichskanzler verliest dann die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 20. November vertagt wird.

Präsident Kämpf schließt die Sitzung mit dem üblichen Kaiserhoch.

Schluß: 3 Uhr.

Aus der Partei.

Ein Justiz-Irrtum. Vor einigen Monaten wurden unser Gothaer Parteiblatt und mit ihm sein Gewährsmann, ein Arbeiter Raab, wegen Beleidigung des Schultheißen Henneberg aus Dietharz verurteilt. Der Arbeiter Raab erhielt vier Monate Gefängnis, unser Parteiblatt 60 Mark Strafe. Den Ausgangspunkt der Klage bildete eine Schultheißenwahl in Dietharz, für die Henneberg, der bisherige Schultheiß, wieder kandidierte. Er fiel bei der neuen Wahl durch, und dieser Durchfall ist dem Umstand zuzuschreiben, daß Raab und nach ihm das „Volksblatt" mitgeteilt hatten, vor 16 Jahren sei bei dem Bau der Wasserleitung in Dietharz von dem Vater des Schultheißen und seinen Söhnen absichtlich ein Holzstöpsel in die Wasserleitung getrieben worden, um sie so gut wie unbrauchbar zu machen. Die Tatsache konnte nicht bestritten werden, daß die Wasserleitung immer mangelhaft war. Die Firma, die sie ausgeführt hatte, soll sogar die mit der Ausführung betraut gewesenen Beamten entlassen haben, weil man annahm, es liege ein Konstruktionsfehler vor. Es wurden auch, nachdem Raab seine Behauptung aufgestellt hatte, Untersuchungen vorgenommen und Teile der Leitung bloßgelegt und gereinigt, ohne daß die Angaben des Raab bestätigt wurden. Erst jetzt, am vergangenen Freitagabend, fand man an einer Stelle der Wasserleitung einen fest in das Rohr eingekeilten Holzstöpsel, der dem Wasser den Weg versperrte. Wenn nun auch der Fundort sich nicht mit den Angaben des verurteilten Arbeiters deckt, so muß eben berücksichtigt werden, daß zwischen der Tat und der Auffindung 16 Jahre liegen. Jedenfalls aber dürfte so viel feststehen, daß auf Grund dieses Fundes der Prozeß wieder aufgenommen und der Mann freigesprochen werden muß. Natürlich kann nun auch nicht mehr von einem sozialdemokratischen Wahlmanöver gesprochen werden.

Eine verpuffte Staatsaktion. Im Juli v. J. wurde vom Sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf die Broschüre „Der moderne Militarismus, ein Segen oder ein Unglück für das Volk?" herausgegeben. Nachdem die Schrift in über 600 000 Exemplaren verbreitet worden war, entdeckte die Staatsanwaltschaft plötzlich, daß ihr Inhalt „staatsgefährlich" sei. Es fanden nunmehr Haussuchungen in dem Bureau, im Parteisekretariat, in der Druckerei unseres Düsseldorfer Parteiblattes und in verschiedenen anderen Orten des Industriegebietes statt. Die Polizei beschlagnahmte ca. 18 000 Exemplare der Schrift, der größte Teil der Broschüren hatte seinen Weg in die breiten Massen des Volkes schon gefunden. Strafbar nach § 131 Str.-G.-B. (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) sollten nach der Ansicht des Staatsanwalts folgende Sätze der Broschüre sein: „Aber ist unser Heer nicht ein Volksheer? Sind wir nicht ein Volk in Waffen? Unsinn! Nirgends kommt der Klassengegensatz schroffer zum Ausdruck als im Heer. Kein bürgerlicher Offizier in die exklusiven Garderegimenter, kein Proletarier in das Offizierkorps, Kadavergehorsam für die Soldaten, Willkür, die nur zu oft in Grausamkeit und Brutalität ausartet, Reservatrecht der Vorgesetzten! Ungeheuerliche Strafen für den Soldaten, der glaubt, etwas mehr als eine Maschine zu sein und sich deshalb nicht schicken kann in die Gesetze der „Disziplin"." Gen. Limbertz, der Verfasser der Broschüre, hatte sich deshalb am Freitag vor der Düsseldorfer Strafkammer zu verantworten. Die Verteidiger stellten eine große Reihe von Beweisanträgen, um darzutun, daß Gen. Limbertz unter keinen Umständen seine Ausführungen wider besseres Wissen gemacht habe. Es sollten u. a. mehrere hundert „Vorwärts"-Artikel verlesen werden; ferner war als Zeuge der frühere Oberst Gädtke erschienen. Das Gericht lehnte alle Beweisanträge ab, da es sich bei den unter Anklage stehenden Sätzen nicht um Behauptung von Tatsachen, sondern um Urteile und Meinungen handele. Trotzdem blieb der Staatsanwalt bei seiner Anklage auf „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen". Er unterstellte dem Gen. Limbertz einfach, dieser habe behauptet, Wilh

---

zarten Reben mit sich bringen würde, das der Klasse der Müßiggänger entspringt, das der Erbe eines schwächlichen Körpers ist und in dieser Hinsicht dem des Bauern weit nachsteht. Sie sehen also, daß wir, die wir nicht wissen, welche Mittel die Gesellschaft hier anwenden könnte, mit unseren guten Absichten gar nichts vermögen, wenn wir nicht für uns selbst die Mittelmäßigkeit dem Reichtum vorziehen und die Arbeit dem Müßiggang. Es ist ein Schritt, der Tugend entgegen. Aber welch ein erbärmliches Verdienst haben wir dabei, und wie wenig mildert es das unendliche Elend, vor dem unser Auge zurückschrecken möchte und unser Herz sich betrübt!"

„Aber das Mittel?" sagte Rosa erstaunt. „Es gibt also kein Mittel? .... Ein König müßte ein solches ausdenken, denn ein König kann alles."

„Ein König vermag nichts .... oder doch fast nichts", antwortete Marcella, über Rosas kindliche Unschuld lächelnd. „Ein Volk müßte es finden in seinem Herzen."

„Das alles kommt mir vor wie im Traum", flüsterte die gute Rosa. „Zum erstenmal höre ich von allen diesen Dingen sprechen. Wohl denke ich zuweilen für mich allein, man müsse sich mit sich selbst beschäftigen, weil mein Glück das einzige ist, wenn sich andere nicht beschäftigen, und die ganze Welt der ganze Feind eines jeden ist. Da wird einem angst, nicht wahr?"

„Und darin liegt ein seltsamer Widerspruch. Die Welt ist jämmerlich, weil sie nur erfüllt ist von Wesen, die sich verabscheuen und sich gegenseitig fürchten."

„Aber ihr Mittel, um aus diesem Elend herauszukommen?" sagte Rosa. „Denn man bemerkt doch schließlich nicht das Böse, ohne die Idee des Besseren zu haben?"

„Man kann diese klare Idee erst haben, wenn alle Menschen sich mit einem ausdenken und einem helfen, sie hervorzubringen. Aber wenn man allein steht gegen alle, die einen anfeinden, weil man daran denkt, und ein Verbrechen darauf steht, darüber zu sprechen, hat man nur einen gemißten und ungemißten Verdruß. Und das passiert, ich will nicht sagen, den größten Geistern unserer Zeit, denen dann wenig ich nichts, da ich nur eine unwissende Frau bin, wohl aber den Herzen, die die besten Absichten hegen — und auf diesem Punkte stehen wir heute."

„Ja ... herzgutige, wie mein Papa sagen würde," antwortete Rosa lächelnd.

„Aber was soll ich denn tun?" setzte sie traurig hinzu. „Was soll ich tun, um gut zu sein, da ich reich bin?"

„Behalten Sie wie einen Schatz, teure Rosa, den Schmerz [illegible] Sie die Mißstände und den schreckhaften Wunsch, sich dem Heile anderer zu opfern an dem Tage, wo das persönliche Opfer allen zum Nutzen gereichen würde."

„Dieser Tag wird also kommen?"

„Zweifeln Sie nicht daran."

„Sie sind dessen sicher?"

„So sicher wie der Gerechtigkeit und Güte der Allmutter Natur."

„Es ist wahr, dieses Elend kann nicht ewig währen. Aber es ist gleich, Frau Baronin. Sie haben mir die Seele mit Lichtgedanken erfüllt und der Kopf schmerzt mir. Dennoch aber will es mir scheinen, als könnte ich jetzt begreifen, warum Sie Ihr Vermögen in so großer Ruhe verlieren, und für Augenblicke bilde ich mir ein, daß ich ... daß ich mit Freuden zur Mittelmäßigkeit hinabsteigen würde."

„Und wenn Sie arm werden müßten .... wenn Sie dulden und leiden und arbeiten müßten?"

„Ah ... wenn es zu nichts dienen würde, wäre es entsetzlich."

„Und wenn man dennoch einsähe, daß es zu etwas gut wäre? Wenn eine entsetzliche Krise von Not und Unglück, wenn eine Art Martyrium durchgemacht werden müßte, um die Menschheit zu erlösen ...?"

„Nun wohl," antwortete Rosa, die einen verwunderten Blick auf Marcella warf, „wir würden es mit Geduld ertragen."

„Mit Begeisterung würden wir uns hineinstürzen!" rief Marcella in einem Tone und mit einem Blicke, die Rosa erbeben ließen und die sie zu ihrer großen Ueberraschung fortriß wie ein elektrischer Schlag ...

Inzwischen waren Edmonds Bewegungen langsamer geworden, und der Mond stieg am Horizont herauf. Marcella meinte, es sei Zeit, das Kind zu Bett zu bringen, und Rosa folgte ihr schweigend, noch ganz verwirrt von ihren Gesprächen. Doch als sie sich dem Pachthofe näherten und sie von fern die laute Stimme ihrer Mutter vernahm, — als sie in die Wirklichkeit ihres alltäglichen Lebens zurückkehrte, sagte sie sich, indem sie die vor ihr hereinschreitende junge Dame betrachtete:

„Sollte sie nicht irrsinnig sein?"

XIII.

Trotz dieser Furcht fühlte Rosa sich unüberwindlich zu Marcella hingezogen. Sie half ihr, den Knaben zu Bett zu bringen, umgab sie mit tausend zeigenden Zuvorkommenheiten und küßte ihr beim Abschied die Hand. Marcella aber, die sie schon liebte als ein von Natur reichbegabtes Kind, küßte sie dann, indem sie ihr einen Kuß auf beide Wangen drückte. Und ermutigt und entzückt zögerte Rosa mit dem Fortgehen.

„Ich möchte Sie um etwas bitten," sagte sie endlich. „Hat der Müller Ludwig wirklich soviel Geist, um Sie zu verstehen?"

„Gewiß, Rosa! Aber was soll denn das?" antwortete Marcella ein wenig schelmisch.

„Es kam mir heute sonderbar vor, als ich sah, daß der Müller von uns allen die meisten Gedanken hatte. Und doch hat er keine gute Erziehung erhalten, der arme Ludwig!"

„Aber er hat ein reiches Herz und große Geistesgaben."

„O ... ein reiches Herz, ja ... Ich kenne ihn sehr genau, den Burschen. Ich bin mit ihm groß geworden. Seine älteste Schwester hat mich genährt — meine ersten Jahre habe ich in der Mühle von Angibault zugebracht ... Hat er es Ihnen nicht gesagt?"

„Er hat mit mir nicht von Ihnen gesprochen, aber ich glaubte zu bemerken, wie ergeben er Ihnen war."

„Er war mir immer gut," sagte Rosa errötend. „Es ist ein Beweis für seinen Wert, daß er die Kinder stets geliebt hat. Er war erst sieben oder acht Jahre, als mich seine Schwester nährte, und meine Großmutter erzählt, er habe sich um mich gesorgt und mich belustigt, als sei er in einem Alter gewesen, wo er mein Vater hätte sein können. Und wie es scheint, hatte ich so große Freundschaft zu ihm gefaßt, daß ich ihn nicht verlassen wollte, und meine Mutter, die ihn zu der Zeit noch nicht wie heute haßte, ihn in unser Haus kommen ließ, als man mich entwöhnt hatte, um mir Gesellschaft zu leisten. Aber er blieb zwei oder drei Jahre dort anstatt der zwei oder drei Monate, für die man anfänglich übereingekommen. Er war so tätig und dienstbar, daß man ihn sehr nützlich bei uns fand. Seine Mutter befand sich damals in bedrängter Lage und meine Großmutter, die ihre Freundin ist, hielt es für sehr gut, wenn man ihr eins ihrer Kinder vom Halse schaffe. Ich entsinne mich noch ganz gut der Zeit, wo Ludwig, meine arme Schwester und ich in einem fort zusammen liefen und spielten — auf der Wiese, im Wäldchen und in den Scheunen des Schlosses. Doch als er im Alter war, wo er seiner Mutter nützlich sein konnte, indem er in der Mühle arbeitete, rief sie ihn wieder zu sich. Es wurde uns schwer, von einander zu scheiden, und ich langweilte mich sehr ohne ihn ... seine Mutter und seine Schwester, meine Amme, hingen so an mir, daß man mich jeden Samstag aber nach Angibault brachte, um mich am Montag morgen wieder abzuholen.

(Fortsetzung folgt.)

Ur sei ein Reservatrecht der Vorgesetzten! Er zog zu diesem Zwecke zwei Sätze, die ganz verschiedene Gedankengänge zum Ausdruck bringen, willkürlich zusammen, wollte damit beweisen, daß er Recht habe und beantragte einen Monat Gefängnis. — Den Verteidigern war es ein Leichtes, die Argumente des Staatsanwalts zu widerlegen: Der Angeklagte kenne doch auch die Gesetze und wisse, daß ein Reservatrecht der Vorgesetzten auf Willkür im Heere nicht besteht. Durch die Behauptung solchen Unsinns hätte er sich bei allen urteilsfähigen Leuten unmöglich gemacht. Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den Gen. Limbertz frei. Begründend wurde ausgeführt: Wäre der inkriminierte Passus so zu verstehen, wie ihn die Anklage auffaßt, so wäre das der einzige Unsinn, den die Broschüre enthielte. Es sei nicht anzunehmen, daß der Angeklagte, der sich sonst sehr klar ausdrückt, gemeint haben könne, was ihm die Anklage unterschiebt. Das freisprechende Urteil bedeutet für Polizei und Staatsanwaltschaft eine schwere Niederlage. In ganz Rheinland-Westfalen wollte man nach der Verurteilung auch noch alle Verbreiter der Broschüre der Staatsanwaltschaft ausliefern. Und nun muß die Staatsanwaltschaft auch die beschlagnahmten 18 000 Exemplare wieder herausgeben und zusehen, wie sie ihre aufklärende Wirkung im Volke tun.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Königsbergs mit Erfolg beendet. Wiederholt wandten sich die städtischen Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse an die Stadtverwaltung um Erhöhung der Grundlöhne. Ihre erste Eingabe im vorigen Jahre wurde nur teilweise berücksichtigt, indem statt der geforderten Teuerungszulagen, die Familienzulagen aufgebessert wurden. Damit konnten sich die Arbeiter nicht zufrieden geben, weil der größte Teil von ihnen hierbei vollständig leer ausging. Sie reichten deshalb erneut die Forderungen ein und zwar auf Erhöhung der Grundlöhne um 50 Pfg. täglich für alle Handwerker und Arbeiter. Der Magistrat lehnte aber auch diese Forderung ab. Nunmehr beschlossen die Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung, die gleiche Forderung dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung nochmals zu unterbreiten. Die Organisation wurde beauftragt, die Eingabe fertigzustellen und von allen Arbeitern unterschreiben zu lassen. Mehr als 1200 Arbeiter fanden sich bereit, die Eingabe zu unterzeichnen. Nunmehr gab der Magistrat der Forderung statt und bewilligte 175 000 Mark zur Erhöhung der Grundlöhne. Die erste und zweite Lohnklasse bekam 50 Pfg. pro Tag, die dritte Lohnklasse 40 und die vierte und fünfte Lohnklasse bekam 30 Pfg. pro Tag Zulage bewilligt. Die erhöhten Lohnsätze kommen vom 1. Juli dss. Js. ab zur Auszahlung.

Zu gleicher Zeit wurde auch die Petition der städtischen Arbeiter behandelt, die eine Aufbesserung der Ruhelöhne forderte. Auch diese Eingabe ist mit Erfolg gekrönt, indem die Ruhelöhne und Witwen- und Waisenrenten aufgebessert wurden. So konnten die städtischen Arbeiter Königsbergs, durch geschlossenes Vorgehen, eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen.

Lohnbewegungen in der Brauindustrie. Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Burg bei Magdeburg konnte jetzt mit dem Abschluß eines Tarifs beendet werden. Obwohl die Verhandlungen mehr als einmal zu scheitern drohten, ist das Ergebnis ein für die Arbeiter zufriedenstellendes, sowohl in Bezug auf Lohnerhöhung, als auch Arbeitszeitverkürzung und in sonstigen Neuerungen. Eingeschlossen in den Ortstarif sind vier Brauereien und zwei Bierniederlagen. — Die Brauereiarbeiter in Lauenburg (Pomm.) sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben den Brauereien ihre Forderungen in Form eines Tarifvertrags überreicht. Neben einer Erhöhung der sehr niedrigen Löhne wird Verkürzung der Arbeitszeit und der Sonntags- und Nachtarbeit gefordert. Zuzug nach Lauenburg ist fernzuhalten.

Zu dem Boykott der Produkte der Firma J. G. Weiß-Frauendorf ist zu berichtigen, daß „Kalobion" (Nährsalz-Kaffee) kein Produkt der Firma J. G. Weiß-Frauendorf ist.

Textilarbeiteraussperrung. In Bocholt wurden am Sonnabend weitere 3000 Textilarbeiter ausgesperrt. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten beträgt 6000.

Erfolgreiche Lohnbewegungen der Lohgerber. Die im Lederarbeiterverband organisierten Lohgerber konnten in verschiedenen Orten ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Lohnbewegungen erheblich verbessern. In Arnstadt wurde die Arbeitszeit bei der Firma Schmidt u. Söhne um 2¼ Stunden pro Woche verkürzt, die Akkord- und Stundenlöhne um 8—10 Proz. erhöht. Bei der Firma Umbreit u. Söhne wurden die Stundenlöhne um 2—3 Pfg. erhöht. Der Akkordverdienst der Akkordarbeiter erhöht sich um 2—3 Mk. pro Woche. — In Nortorf wehrten sie bei der Firma Böhme geplante Verschlechterungen ab und erzielten einige Verbesserungen. Die Arbeitszeit wurde um drei Stunden pro Woche verkürzt. Der Stundenlohn der Hilfsarbeiter wurde um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Auch die Heizer erhielten ihren Lohn um 2—3 Mk. pro Woche erhöht. — In Kellinghusen wurde bei der Firma Westphal der Wochenlohn für die Lohnarbeiter um 2 Mk. pro Woche erhöht, für Ueberstunden ein Zuschlag von 5 Pfg., für Sonn- und Feiertagsarbeit von 10 Pfg. pro Stunde eingeführt. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde für die Sonnabende und Vorabende von Feiertagen verkürzt. — In Schorndorf wurde bei der Firma Bräuninger der Stundenlohn um durchschnittlich 3 Pfg. pro Stunde erhöht. In diesem Betriebe herrscht fast durchweg Lohnarbeit. Außerdem wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen.

Unternehmer-Terrorismus. Angeblich wegen Arbeitsmangel wurden Anfang Mai die meisten freiorganisierten Bauarbeiter in Bad Kissingen entlassen. Da sie nicht privatisieren können, suchten sie anderweitig Arbeit. Einige von ihnen erhielten solche in dem Ort Garitz bei Bad Kissingen und zwar zur selbständigen Ausführung. Das paßte nun dem Kissinger Baumeister gar nicht, zumal einer von ihnen in Garitz wohnte, dem dadurch etwas von seinem Verdienst entging. Die Baumeister griffen nun zu dem in Unternehmerkreisen beliebten Mittel der Materialsperre. Sie gingen zu dem Ziegeleibesitzer, der dem Privatmann die Steine lieferte, und verlangten von diesem, daß er die Lieferung von Steinen an diesen Bau einstellen solle, weil diese Arbeit von „ausgesperrten" Maurern gemacht würde. Das ist selbstverständlich nicht wahr, Kissingen hatte keine ausgesperrten Bauarbeiter, da die Unterhandlungen von der Zentralstelle aus geführt wurden und es zu keiner Aussperrung kam. Aber der Zweck wurde erreicht: der Privatmann, der baute, erhielt keine Steine mehr, bis er die Arbeit einem anderen Unternehmer übertrug. Bei diesem Terrorismus greift aber kein Staatsanwalt ein.

Streikende und Streikbrecher. Kürzlich wurde in Frauendorf bei Stettin ein Streikender von einem Streikbrecher erstochen. Die Tat des Arbeitswilligen Brandenburg, der dem Streikenden Kühl das Messer in den Leib stieß und durch die Verletzung seinen Tod herbeiführte, steht einwandfrei fest. Der Brandenburg ist nach unseren Begriffen ein Mörder, der ein blühendes Menschenleben auf dem Gewissen hat. Trotzdem also B. dem Strafgesetz verfallen ist und auf seine Tat eine sehr schwere Strafe steht, wurde er auf freien Fuß gesetzt. Nun das Gegenstück: Es hat sich in Stolp abgespielt; allerdings handelt es sich nicht um einen Arbeitswilligen, sondern um einen Streikenden. Vor dem dortigen Schwurgericht standen am Donnerstag die Maurer Bauske und Willy Müller. Sie werden beschuldigt, anläßlich eines Auflaufes, der entstand, als Arbeitswillige unter polizeilicher Bewachung von einem Neubau nach ihrer Wohnung gebracht wurden, Gewalttätigkeiten gegen die Polizei begangen zu haben. Bauske soll, so behauptet die Anklage, mit einer Flasche nach einem Polizisten geworfen haben. Die als Zeugen vernommenen Beamten über die Täterschaft Bauskes verwickelten sich in Widersprüche; dagegen bekundeten die verschiedenen Arbeiter, die Zeugen des Vorganges waren, auf das bestimmteste, daß Bauske nicht geworfen hat. Die Beweisaufnahme hat sonach bereits ergeben, daß wegen des angeblichen Täters Bauske ein Irrtum vorliegen muß; aber die Staatsanwaltschaft hatte noch einen Zeugen, der aber zur Verhandlung nicht erschienen war und gerade auf diesen Zeugen wollte sie nicht verzichten. Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode im Oktober ds. Js. zu vertagen. Bis dahin sollen aber — und das ist das Unglaubliche — der Maurer Bauske und der Mitangeklagte Müller in Haft behalten werden! Man beachte: in Stettin handelt es sich um einen Arbeitswilligen, Totschläger, der doch sicher eine hohe Strafe zu erwarten hat; in Stolp ist ein Streikender angeklagt, dem die ihm zur Last gelegte Straftat nicht nachgewiesen wurde und deshalb ebenso sicher freigesprochen werden muß. Im ersteren Falle wird der Arbeitswillige sofort aus der Haft entlassen, im letzteren bleibt der unschuldige Streikende im Gefängnis! Während der Mörder Brandenburg nach der Tat sofort auf freien Fuß gesetzt wurde, befindet sich Bauske wegen eines weit geringeren Deliktes seit dem 12. Mai dieses Jahres in Haft. Bauske ist verheiratet und Vater von vier kleinen Kindern! Wo ist hier die Gleichheit vor dem Gesetz, von der man den Arbeitern in Preußen immer soviel erzählt? Will die höhere Justizbehörde hier nicht einschreiten und die Haftentlassung Bauskes sofort anordnen?

Unternehmer gegen die Fortbildungsschule. Die Unternehmer stehen den Fortbildungsschulen bekanntlich mit einem nassen und einem heiteren Auge gegenüber. Der Zweck der Fortbildungsschule, Arbeiter und Angestellte besser für ihren Beruf auszubilden, ist ihnen schon recht. Aber es paßt ihnen nicht, daß die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter dadurch eingeschränkt wird. Aus diesem Grunde führen die Frankfurter Unternehmer gegenwärtig einen heftigen Kampf gegen die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges. Bisher waren die männlichen Angestellten des Handelsgewerbes in Frankfurt, die die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst haben, grundsätzlich vom Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschule befreit. Das soll jetzt geändert werden. Die städtischen Behörden haben den Entwurf zu einem neuen Ortsstatut ausgearbeitet, der diese Befreiung grundsätzlich beseitigt, aber immerhin noch gewisse Erleichterungen gewährt. Die Handelskammer, die zu den Kosten der Handelsschule einen namhaften Beitrag leistet, wendet sich mit großer Schärfe gegen die Absichten des Magistrats und droht, sich künftig nicht mehr an der Verwaltung des Schulvorstandes beteiligen zu wollen. In gleicher Weise machen die Unternehmerverbände mobil gegen die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht, sie wollen junge Leute unter 18 Jahren nicht mehr einstellen und erklären sich überhaupt gegen eine Verkürzung der Bureaustunden durch den Fortbildungsschulunterricht.

Der Sternenhimmel im Juli.

In diesem Jahre bietet der Juli mehrere Himmelserscheinungen von ganz besonderem Reize. Die bemerkenswerteste und schönste zeigt sich allerdings am Morgenhimmel; den Freund der Beobachtung von Naturvorgängen wird es aber reichlich lohnen, wenn er Vorkehrungen treffen wird, um zwei Stunden vor Sonnenaufgang aufzustehen und Ausblick nach dem nordöstlichen Horizonte zu nehmen. Schon sieht er um diese Zeit Mars mit dem ihm eigentümlichen gelben Lichte strahlen; der Planet bewegt sich im Laufe des Monats rechtläufig vom Sternbilde des Widders in das des Stiers und gelangt schließlich in der Nähe der Plejaden über den Himmelsort hinaus, von dem aus im Anfange des Monats die noch immer wunderbar lichte Venus, jetzt in halbmondartiger Phase mit nach Westen hin beschatteter Hemisphäre, sich dem hellsten Sterne des Stiers, dem Aldebaran, nähert. Am 17. Juli um 8 Uhr morgens wandert Venus nördlich an diesem Sterne in einer Entfernung von 2½° vorüber und sie gelangt am 1. August bis an das dem Stier östlich benachbarte Sternbild der Zwillinge. Die wirkliche Entfernung der Venus von der Erde wird dabei immer größer, während der Abstand des Mars von der Erde immer kleiner wird. Venus erhebt sich über den Horizont von Lübeck am 1. Juli 2 Std. 15 Min., am 15. Juli 2 Std. 49 Min., am 1. August 3 Std. 25 Min. vor Sonnenaufgang. Ihre Sichtbarkeitsdauer vor Sonnenaufgang nimmt im Juli also noch zu, wiewohl sie vom 4. Juli ab, an welchem Tage sie ihre größte westliche Elongation (ihren größten scheinbaren Abstand von der Sonne in westlicher Stellung von letzterer) mit 45,73 Grad erreicht, stetig abnimmt. Die Erscheinung erklärt sich dadurch, daß die Sonnenhöhe immer geringer, die Vennshöhe dagegen vorläufig noch größer wird, also Venus bei weiter werdendem Tagbogen für die Sichtbarkeitsdauer noch an Vorsprung gegenüber dem enger werdenden Tagbogen der Sonne gewinnt.

Höheren und damit weiteren Tagbogen gewinnt im Laufe des Monats auch Saturn, womit sich für die Gunst der Sichtbarkeit der Umstand verbindet, daß die Erde mit ihrem weit schnelleren Laufe um die Sonne die Stelle zu erreichen sucht, an der sie zwischen der Sonne und dem Saturn stehen wird (Opposition) und daß demnach die scheinbare Entfernung zwischen Sonne und Saturn größer wird. Dieser Planet steht ebenfalls im Stier und zwar nordöstlich vom Aldebaran und er wandert rechtläufig langsam nach Osten, so langsam, daß die schnellfüßige Venus ihn am Morgen des 22. Juli überholen wird, 1°, 18 m südlich von ihm, was einem etwas mehr als doppelten Monddurchmesser entspricht. Diese Stellung von Venus, Mars und Saturn in der Nähe des Aldebaran, der Hyaden und der Plejaden ist es, die im Juli für den Freund der Himmelsbeobachtung einen besonderen Reiz bieten wird. Dabei wird sich am 22. Juli morgens der Mond, der sich in der Phase zwischen Vollmond und letztem Viertel befindet, in dem schon erreichten Sternbilde des Wassermanns am südlichen Sternenhimmel dem Untergange zuneigen.

Am 5. Juli steht die Erde zwischen Sonne und Jupiter, am 29. Juli zwischen Sonne und Uranus. Beide Planeten befinden sich, weil sie zu den genanten Zeiten um 12 Uhr nachts kulminieren (den Mittagskreis überschreiten) und demnach die ganze Nacht sichtbar sind, in sehr günstiger Stellung für die Beobachtung. Allerdings ist beider Höhe über dem Horizonte verhältnismäßig gering, bei Jupiter noch geringer, als bei Uranus. Am Ende des Monats sinkt Jupiter daher auch schon 2½ Stunden vor Sonnenaufgang unter den Horizont hinab. Beide Planeten, Jupiter im Schützen und Uranus in dem östlich benachbarten Steinbock, sind langsam rückläufig. Die Rückläufigkeit tritt stets zur Oppositionszeit der oberen Planeten (Mars, Jupiter, Saturn, Uranus, Neptun) ein.

Merkur, in östlicher Elongation von der Sonne (die größte erreicht er am 7. Juli mit 20,2° ist zunächst abendlich, indes wegen der langen Dämmerung nicht erkennbar; auch verschwindet er rasch vom Abendhimmel; am 15. Juli wird er rückläufig, ein Kennzeichen dafür, daß er sich bald unterer Konjunktion (Stellung der beiden unteren Planeten zwischen Erde und Sonne) befinden wird. Neptun, der sich am 19. Juli morgens in Konjunktion befinden wird (Stellung Erde-Sonne-Neptun), bleibt in den Zwillingen unsichtbar.

Eine besonders schöne Erscheinung wird es noch sein, wenn in der Nacht vom 16. zum 17. Juli, in derselben Nacht also die den Vorübergang der Venus an dem Aldebaran bringt, wird, Jupiter nahe über der fast vollen Mondscheibe stehen wird. Auch wird es am Morgenhimmel noch der Beobachtung zugänglich sein, wie sich zwischen dem 28. und 29. Juli den Plejaden der Vorübergang der Mondsichel vor dem südlich wandernden Mars vollzieht und der Mond sich dann dem Saturn und der Venus nähert; den Saturn wird er am 29., die Venus am 30. Juli überholen.

Die Phasen des Mondes sind folgende: Neumond am 4. Juli um 6h6m morgens, erstes Viertel am 10. Juli um 10h37m abends, Vollmond am 26. Juli um 7h6m morgens, letztes Viertel am 26. Juli um 10h59m vormittags.

Die Sonne, die ihren Abstieg begonnen hat, sinkt im Laufe des Monats von 59,29° Mittagshöhe (am 1. Juli) auf 54,27° Mittagshöhe (am 1. August) für Orte des Breitegrades von Lübeck herab. Die Auf- und Untergangszeiten und die Tageslänge sind für Lübeck in mitteleuropäischer Zeit folgende:

	Aufgang	Untergang	Tageslänge
1. Juli	3 Uhr 53 Min.	8 Uhr 50 Min.	16 St. 57 Min.
8. Juli	3 „ 59 „	8 „ 46 „	16 „ 47 „
15. Juli	4 „ 07 „	8 „ 40 „	16 „ 33 „
22. Juli	4 „ 17 „	8 „ 31 „	16 „ 14 „
29. Juli	4 „ 28 „	8 „ 20 „	15 „ 52 „
1. August	4 „ 33 „	8 „ 15 „	15 „ 42 „

Die Tageslänge nimmt für Lübeck also 1 Std. Minuten ab.

Am 23. Juli tritt die Sonne vom Zeichen des Krebs (Sternbild der Zwillinge) in das Zeichen des großen Löwe (Sternbild der Zwillinge) über. Somit kulminiert Anfang des Monats 12 Uhr nachts das den Zwillingen gegenüberstehende (180° von ihnen entfernte) Sternbild des Schützen in dem sich Jupiter befindet, Ende des Monats das dem Krebse gegenüberstehende Sternbild des Steinbocks mit Uranus. Für die Betrachtung der Fixsterne wollen wir indes wieder den 1. dss. Mts. 10 Uhr abends zu Grunde legen. Der Zenit nahe steht der Kopf des Drachen, unter ihm im Meridiane Herkules, südlich von diesem wieder der Schlangenträger mit der Schlange und tief am Horizonte der sternreiche Skorpion mit dem Antares. Gegenüber am Nordhorizonte sind nur schwach erkennbar der Fuhrmann mit Capella und dem ihm östlich benachbarte Perseus. Der Polarstern steht etwa in der Mitte zwischen dem Zenit (Kopf des Drachen) und Capella; er ist der größte Stern des von ihm aus im Bogen nach Westen sich hinwendenden und nach dem Schwanze des Großen Bären hinweisenden Kleinen Bären. Am westlichen Horizonte neigt sich der Große Löwe, am südwestlichen die Jungfrau mit Spica dem Untergange zu. Zwischen Spica und dem Zenit leuchtet hell Arktur im Bootes und im Südsüdwesten steht hoch am Himmel der Halbkreis der Krone mit Gemma. Zwischen dem Skorpion und der Jungfrau erblicken wir über dem südsüdwestlichen Horizonte das Sterntrapez der Wage. Nahe dem Zenit, südöstlich von ihm, funkelt mit weißem Lichte Wega in der Leier und bald wird sie den Meridiankreis überschreiten. Das große Kreuz des Schwans mit Deneb folgt der Leier nach. Tiefer steht südöstlich der Adler mit Altair. Oestlich vom Polarsterne sehen wir Cepheus und nordöstlich das W der Cassiopeia. Pegasus im Osten ist gerade aufgegangen. Der Wassermann und der Steinbock mit seinen nördlichsten Sternen, auf die eine Linie von Wega über Altair führt, steigen im Ostsüdosten und Südosten über den Horizont empor.

Von dem Sternbilde des Perseus werden von Mitte Juli ab vorerst vereinzelte, zwischen dem 23. und dem 25. Juli reichere Sternschnuppenfälle ausgehen, Vorläufer des im August zu erwartenden Perseidenschwarmes.

Der teleskopische Komet 1913a (Schaumasse) steht zu Anfang des Monats westlich vom Bootes und bewegt sich langsam auf die östlichsten Sterne des Großen Löwen zu; die Bewegungsrichtung ist also südwestlich geworden.

Soziales.

Das Ende der „nationalen" Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf. Am 13. Juni 1910 wurde sie gegründet, am 20. Juni dss. Js. wird sie, nach der veröffentlichten Tagesordnung, ihre Liquidation beschließen. Anfang, Entwicklung und Ende dieser aus den Kreisen der Großindustriellen im Rheinland und Westfalen geborenen Aktiengesellschaft ist angesichts der erfolgten Gründung zweier weiterer „nationalen" Volksversicherungs-Aktiengesellschaften von großem Interesse. Wozu war der Zweck? Politisierung der Lebensversicherung zwecks Bekämpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und genau so, wie zurzeit die gesamte reaktionäre Presse die Reklametrommel schlägt für die beiden neuen „Nationalen", ist auch für sie der übliche „nationale" Tamtam geschlagen worden. Alles umsonst! Der Zusammenbruch war nicht aufzuhalten. Der Organisationsfonds der Vereinsbank, der à fonds perdu von den Gründern gesteuert worden war, betrug Ende 1909 419 306 Mark, Ende 1910 312 131 Mark, Ende 1911 219 077 Mark. Alljährlich wurden dem nach 100000 Mark verpulvert, ohne die erhoffte Wirkung zu erzielen. Trotz aller Opfer, die gebracht wurden, trotzdem einige rheinische Großindustriellen ihren Arbeitern sogar Policen der Bank schenkten und die Prämien für sie bezahlen wollten, ließen sich die Arbeiter nicht ködern. Ende 1911 hatte die Vereinsversicherungsbank nur einen Versicherungsbestand von 13,2 Millionen Mark, darunter die lächerlich geringe Summe von 3,5 Millionen Mark auf Volksversicherungen. Im Jahre 1912 wird wohl der Rest des Organisationsfonds draufgegangen sein, und um zu verhüten, daß nicht schließlich das Aktienkapital angegriffen wird, muß jetzt die Liquidation erfolgen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine ländliche Meineidsfabrik. Unmittelbar am hannoverschen Eichsfelde, im Kreise Osterode, liegt der etwa 200 Seelen zählende Ort Lütgenhausen, in dem sich fast durchweg Bauerngehöfte befinden. Hierzu gehört auch der Dieterichsche Hof mit etwa 60 Morgen Land, dessen Bewirtschaftung von vier unverheirateten Geschwistern bis zum Jahre 1912 so genommen werden konnte. Dann kamen allevierwegen Meineids resp. Verleitung zum Meineid ins Zuchthaus. Als im Jahre 1911 das Dienstmädchen Emma Poesch den 20jährigen unehelichen Sohn der Karoline Dieterich wegen Alimente in Anspruch nehmen wollte, bemühte sich alle vier Geschwister, Personen ausfindig zu machen, die der Wahrheit zuwider eidlich bekunden sollten, daß sie ebenfalls in der kritischen Periode mit der unehelichen Mutter geschlechtlichem Verkehr gestanden hätten. Ihre Bemühungen, durch ein fettes Schwein und Geld einen Arbeiter zu der Schurkerei zu bewegen, schlugen fehl. Von Erfolg waren sie bei einem von der Sanitätstruppe in Göttingen entlassenen Mann. Wegen des ersten Falles wurden die

Lisa Dieterich zu einem Jahre, ihr Bruder August zu einem Jahre und drei Monaten Zuchthaus im Februar 1912 verurteilt. Der zweite Fall zeitigte eine Meineidsklage gegen alle vier Geschwister. Karoline und Heinrich Dieterich erhielten je vier Jahre Zuchthaus, August eine Zusatzstrafe von zwei Jahren Zuchthaus. Hermine Dieterich wurde wegen Zurechnungsunfähigkeit freigesprochen: sie war im Zuchthaus geisteskrank geworden und ist jetzt in der Irrenanstalt Nietleben untergebracht. Leider gelingt es selten, solche gemeinen zuungunsten eines armen Mädchens getroffenen Abreden aufzudecken.

Der sozialdemokratische Stimmzettel. Gelegentlich einer Unterhaltung am Biertisch während der Reichstagswahlen äußerte ein Sergeant der vierten Schwadron des Königsjägerregiments in Posen, daß die sozialdemokratischen Stimmzettel seiner Meinung nach die einzig richtigen sind, die bei der Reichstagswahl abzugeben sind. Auf Denunziation des eigenen Schwiegervaters erhielt das Regiment Kenntnis davon, das daraufhin ein hochnotpeinliches Verfahren gegen den „uniformierten Umstürzler" eröffnete. Das Kriegsgericht Glogau verurteilte den Sergeanten wegen „Gefährdung der Disziplin" zu einer Woche Mittelarrest.

Aus Nah und Fern.

Der Leichenfund bei Berlin. Die Annahme, daß die Kleidungsstücke des bei Velten gefundenen Leichnams einem Bäckerlehrling gehören, hat sich tatsächlich bestätigt. In der inneren Brusttasche des Rockes sind drei Marken der Gewerkschaft der Bäcker und Konditoren aufgefunden worden. Es läßt sich aber nicht feststellen, wann die Marken zur Ausgabe gelangt sind.

Räubernest. Im Hof-Jagdrevier bei Hermsdorf nahe der Frohnauer Chaussee bei Berlin wurde am Sonnabend durch Zufall eine mit allem Komfort ausgestattete unterirdische Wohnung entdeckt, die von einer gefährlichen Einbrecherbande, bestehend aus fünf Männern und zwei Frauen, bewohnt wurde. Es sind der Berliner Polizei bekannte Verbrecher, die auch alle verhaftet wurden. Auch ein Händler namens Meseritzer, der als Hehler diente, wurde verhaftet. Den Dieben sind bisher Diebstähle im Werte von mehr als 40 000 Mark nachgewiesen worden.

Die Frankfurter Rechtsanwälte und Dr. Spahn. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn ist bekanntlich Präsident des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. Bald nach seiner Versetzung von Kiel nach Frankfurt a. M. begann ein Konflikt zwischen dem Oberlandesgericht und den Frankfurter Anwälten. Bis dahin waren alle Anwälte, auch wenn sie formell nur ihre Zulassung beim Landgericht beantragt hatten, zur Verhandlung vor dem Oberlandesgericht zugelassen, wenn sie als Vertreter eines beim Oberlandesgericht eingetragenen Anwalts auftraten. In Wirklichkeit beschränkte sich die Tätigkeit des Oberlandesgerichtsanwalts auf die Zeichnung der Schriftsätze, während die Anfertigung derselben und die faktische Vertretung der ganzen Sache in der Hand des von der Partei damit betrauten Landgerichtsanwalts verblieb. Das sollte mit einemmal geändert werden. Das Oberlandesgericht wollte nur noch die Anwälte zur Verhandlung zulassen, die in seinen Listen eingetragen waren. Die Anwälte widersetzten sich und brachten den Streitfall vor das Reichsgericht. Trotz der Erklärung des Oberlandesgerichts, daß es die Landgerichtsanwälte nicht anerkennen werde, weigerte sich einer von ihnen, einen Oberlandesgerichtsanwalt zu bestellen, sondern erschien in der mündlichen Verhandlung. Das Oberlandesgericht erließ darauf gegen die Partei, da sie nicht durch einen beim Prozeßgericht zugelassenen Anwalt vertreten war, Versäumnisurteil. Das Reichsgericht hat jetzt gegen das Frankfurter Oberlandesgericht entschieden und erklärt, daß die Vertretung durch beim Landgericht zugelassene Anwälte in der mündlichen Verhandlung zulässig ist. Das Oberlandesgericht und sein streitbarer Präsident sind also unterlegen.

„Das viele Geld" und der Herr Oberst. Der Oberst des 88. Infanterie-Regiments in Mainz inspizierte vor einigen Tagen eine Kompagnie zur Uebung eingezogener Landwehrleute auf dem Exerzierplatz „großer Sand" bei Mainz. Der Oberst fragte einen Landwehrmann nach seinem Beruf, ob er verheiratet sei und was er verdiene. Der Gefragte antwortete, er sei Kernmacher, verheiratet und verdiene pro Woche 26—27 Mark. Oberst: „Verdienen die ledigen Arbeiter dasselbe?" Landwehrmann: „Jawohl". Oberst: „Was machen denn die Leute mit dem vielen Geld? Sie geben es wohl alle in die sozialdemokratischen Streikkassen? — Seid doch nicht so dumm! Behaltet doch Euer Geld! — So'n Unsinn!" — Diese kluge Rede des Obersten bildete während der Uebungsdauer den Gesprächsstoff unter den Landwehrleuten und manchem wurde so der Wert und Nutzen gewerkschaftlicher Kampffonds klar gemacht. Ja, ja, der Kampf gegen den „inneren Feind"!!

Gestrandeter Dampfer. Der der Reederei Zedler-Elbing gehörende Dampfer „Jaroslawna" ist dreihundert Meter vom Rettungsschuppen auf der Nehrung gestrandet. Es wird mittelst Raketenapparates versucht, die Passagiere zu retten.

Bergmannslos. Auf der Zeche „Glückaufsegen" in Hörde wurden drei Bergleute durch plötzlich hereinbrechende Gesteinmassen getroffen und lebensgefährlich verletzt. Einer starb auf dem Wege zum Krankenhaus, der Zustand der andern ist hoffnungslos.

Vom Gerüst gestürzt. In einer Eisengießerei in Rodagne bei Longwy stürzten vier Arbeiter von einem Gerüst. Zwei von ihnen wurden getötet, die beiden anderen schwer verwundet.

Schweres Unglück. Bei Onda im Bezirk Bardwan bei Kalkutta ist ein Personenzug in den Fluß gestürzt. Nach Meldungen der Behörden ist dabei eine Anzahl Passagiere ums Leben gekommen; mehrere Leichen sind bereits geborgen worden.

Mord an einer Prostituierten. Sonntag morgen wurde in einem Wiener Hotel der inneren Stadt die Leiche der 25jährigen Prostituierten Mizzi Schmidt aufgefunden. Das Mädchen ist von ihrem Begleiter, einem elegant gekleideten jungen Manne, der mit ihr ins Hotel kam und sich morgens allein entfernte, ermordet worden. In der Wohnung des Mädchens, das als sehr reich galt, wurden zwei Sparkassenbücher im Betrage von 30 000 Mk. gefunden. Der Mörder hat das Mädchen vollständig ausgeraubt. Bisher fehlt jede Spur von ihm.

Sprengunglück in einem Steinbruch. Bei Kirn an der Nahe hat sich in einem Steinbruch ein schweres Unglück ereignet. Dort ging ein Sprengschuß zeitig los. Der Arbeiter Stibitz wurde mehrere Meter weit geschleudert, wobei ihm beide Beine zerschmettert wurden. Der Aufseher Mayer stürzte in die Tiefe und ein großer Steinblock fiel auf ihn. Er war sofort tot. Um die Leichen frei zu bekommen, mußte der Felsblock zweimal gesprengt werden.

Der Flieger Brindejons stieg am Sonntag nachmittag um 2,30 Uhr in Stockholm zum Fluge nach Kopenhagen auf. Um 4,3 Uhr fand eine Zwischenlandung in Malmskäll statt, von wo der Weiterflug nach Kopenhagen um 4,47 Uhr angetreten wurde. Um 7,20 Uhr ist Brindejons in Kopenhagen eingetroffen. Fast zugleich mit ihm kam auch der dänische Flieger Thulin, der ebenfalls in Stockholm aufgestiegen war, an. Auf dem Flugplatz stieß bei der Landung der Marineflieger Birch mit seinem Aeroplan gegen eine Barriere. Der Apparat wurde zum Teil zertrümmert, Birch erlitt erhebliche Verletzungen. Brindejons beabsichtigt, am 1. Juli den Flug nach Hamburg anzutreten.

Zelteinsturz. Bei einem Gauturnfest in Grenzhausen (Westerwald) sind am Sonntag infolge Unwetters zwei Festzelte, in denen sich zweitausend Personen befanden, zusammengestürzt. Dreißig Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Schweres Fliegerunglück. Bei einem Versuchsflug des Fliegers Parisot in Lüttich kippte das Flugzeug um traf dabei eine Anzahl Zuschauer. Der Flieger und eine Person sind getötet worden, ein kleiner Knabe liegt im Sterben. Etwa sieben bis acht Personen sind teilweise schwer verletzt.

Die Insel Thasos steht in Flammen. Nach einer bulgarischen Meldung haben die Griechen am Kap Sankt Georgios den Wald angezündet.

Das Erdbeben in Italien. In Rogiano Gravina wurden bei dem Erdstoß in einer Schule etwa 20 Kinder verletzt, unter ihnen zwei ziemlich schwer. In Luzzi wurde eine Person verletzt, in Rose mehrere Personen und in Santa Sofia d'Epiro zwei.

Großfeuer. In dem Munitionsdepot 5 der Wöllersdorfer Munitionsfabrik bei Wien, das unweit des im Vorjahr explodierten Objekts 46 gelegen ist, brach gestern nachmittag ein Brand aus, der bei dem herrschenden starken Wind für die Umgegend zunächst sehr gefährlich war. Die in dem Objekt aufgestapelten Artilleriegeschosse und andere Sprengstoffe explodierten unter Getöse. Die Gegend ist in dichten Rauch gehüllt. Die Militärkommandos und die Feuerwehr von Wiener Neustadt und den umliegenden Ortschaften sind ausgerückt und bemühen sich, die umliegenden Depots zu erhalten. Mehrere Soldaten und Zuschauer aus der Bevölkerung von Wiener Neustadt, die zu dem Brandplatz hinausgeeilt waren, erlitten durch umherfliegende Holzteile Verletzungen. Am späten Abend, nachdem auch ein Regen eingesetzt hatte, war das Depot niedergebrannt. Die Gefahr für die Umgebung scheint beseitigt zu sein. Die Brandursache ist nicht aufgeklärt. — Der Bahnhof von Leuchars in Schottland ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. — Ein Telegramm aus Glasgow meldet, daß das Schloß Balli Kinrain bei Balfron durch Feuer zerstört worden ist. Es wird Brandstiftung vermutet. Das Schloß, das unbewohnt war, hatte einen Wert von 2 Millionen Mark. — In den letzten 24 Stunden fanden in Lissabon infolge der großen Hitze achtzehn Brände statt, besonders in den Hafenspeichern. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Große Menschenmengen belagern die öffentlichen Brunnen.

Die Hitzwelle in Nordamerika hat den Tod weiterer 41 Personen in dem mittleren und westlichen Teil der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt. Der Ernteschaden durch die Hitze wird auf 80 Millionen Mark geschätzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wilhelmine Grevesmühl
Antone Schöppl
Verlobte. (5142
Lübeck, den 30. Juni 1913.

Sozialdemokratischer Verein

Am Montag verstarb unser Genosse

Kurt Pannier,

im 56. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt Freitag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 2½ Uhr im „Weißen Hirsch", Krempelsdorfer Allee. (5144

Der Vorstand.

Gel. e. Klempnerlehrling und ein Laufbursche außer der Schulzeit.
F. Stamer, Klempnermeister,
(5112) St. Annenstr. 18.

Gesucht eine Plätterin

für jeden Donnerstag auf Mangelwäsche. (5131) Dornstr. 39.

Jg. saubere Frau sucht Beschäft. für die Vollfeiertage z. Abwaschen. Angeb. u. H L an die Expedition dieses Blattes. (5113

Eine kl. Flügelwohnung zum 1. Oktober zu vermieten. (5117
Hundestraße 70 I.

Transport sucht eine 2-Zimmer-Wohnung u. Garten z. 1. Okt. Angebote u. N G an die Exped. dieses Blattes. (5114

Ges. von 2 ruhigen Leuten eine Dreizimmer-Wohnung in e. ruhig. Hause, am L. in e. Ein-Familien-Haus in Nähe Schwartauer Allee und bei Ring. Garten. Angebote u. B B an die Exped. d. Blattes. (5110

Gesucht zum 1. Oktober Zwei-Zimmer-Wohnung, am liebsten vorm Holstentor. Angeb. unt. M Z an die Exped. d. Bl. (5145

Ein gut erhaltenes Sofa neue Form 2. billig zu verk. Nähe Zwei-Zimmer-Wohnungen. Angeb. unt. Z 73 an die Exp. d. Bl. (5136

Grundstück Nähe der Stadt zu verkaufen. Preis 11 500 Mk. Anzahlung 2000 Mk. Mietseinn. 950 Mk. Ang. u. E L an d. Exp. d. Bl. (5119

Eine Reisetasche
zu verkaufen. Preis 7 Mk.
Sandstraße 32.

Zu verk. ein **Haus** mit 3 Wohn., Einfahrt, gr. Keller, Stall ev. Werkstelle, vorm Holstentor-Nord. Anzahlung nach Übereinkunft. Angeb. erb. u. **M T** an d. Exp. d. Bl. (5121

Zum Volksfest.

Billig zu verkaufen eine guterhalt **Blitzlampen, zwei Armlampen.**
5109) Näheres Reiferstr. 8.

Schott. Karre u. 4räd. Ziehwagen billig zu verkaufen. (5140
Emilienstr. 9, Hof.

Ein Kinderwagen

vernickelt u. Gummireifen, zu verk.
5137) Lützowstraße 30.

Billig zu verk. 1 Regulierofen, Geige, Petroleumkrone, Flügeltüren, Flöte. (5133
Ludwigstraße 33.

Kartoffeln 10 Pfd. 25 Pfg., 20 Pfd. 45 Pfg. (5132) Warendorpstr. 10.

Zu verkauf. **1tür. Kleiderschrank** 12.50 Mk. und etwas **Bettzeug.**
5135 Beckergrube 65 I.

Aquarien, Fische, Papageien, Wellensittiche, Japan. Mövchen, Kanarienhähne, Kanarienweibchen sowie **sämtl. Vogelfutter** gut und billig empfiehlt (5125
J. H. C. Wittfoth, Mengstr. 24.

Kanarienhähne zu verk.
5134 Kl. Burgstraße 4, part.

Zu kaufen ges. ein gut erhaltener **Kinderwagen.** Ang. u. **B L 100** a. d. Exped. d. Bl. (5138

Zu kaufen gesucht guterhaltene **Muschelbettstelle** mit Sprungfedermatratze. Angeb. unter **G W 19** an die Exped. d. Bl. (5139

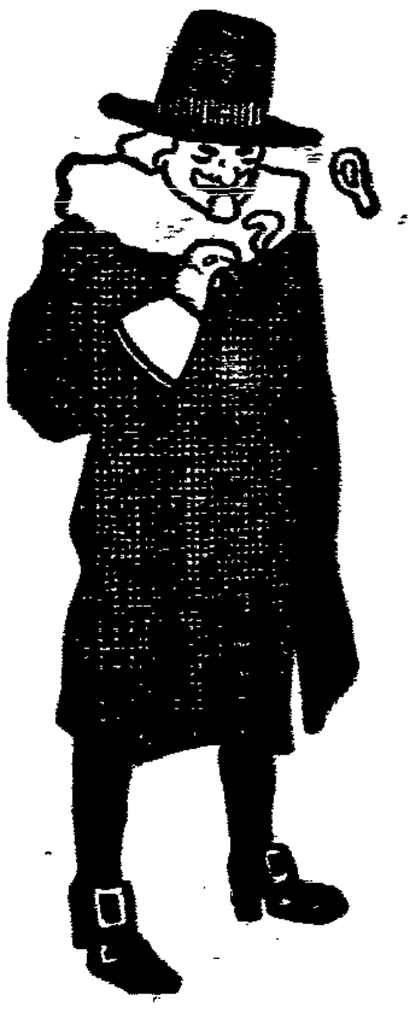
W. Baars, Barbier und Friseur
Aegidienstraße 16. (5115
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten zu billigsten Preisen.

Ohrringe werden eingesetzt
Otto Frauer, Friseur,
5118) Ziegelstraße 19c.

Strümpfe werden mit der Maschine neu- und angestrickt. (5120) Elisabethstraße 40.

Für die Unterstützung von den Kollegen vom Gaskohlendampfer „Elsa Martina" sagen unsern besten Dank. (5141
Heinr. Knorr und Genossen.

Die Bürde des Amtes!



genossen eine
Eckstein-Cigarette.

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter.